

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Postzeipräsidiums Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

<b>Abonnementspreis</b> für die Tage vom 28. November bis 30. November einschließlich Bringerlohn 200 Milliarden, bei Selbstabholung 235 Milliarden M. — Telefon für Kontor und Expedition: Nummer 22721 und 24598. — Telefon für die Inseraten-Abteilung Nr. 22721. <b>Kontokorrentkonto Nr. 53477</b>	<b>Redaktion:</b> Leipzig, Lauchaer Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telephon 13893. — <b>Verlag in Leipzig,</b> Lauchaer Straße 19/21 — Telephon 24598	<b>Inseratenpreise:</b> Die Wagnisart, Kolonelle 35 Goldpfennig, bei Blankort, 40 Goldpf., Familienanzeigen v. Privat, die Wagnisart, Kolonelle 15 Goldpf., Reklamezeile 1,75 Goldmark, Inserate v. ausm., die Wagnisart, Kolonelle 40 Goldpf., bei Blankort, 45 Goldpf., Reklamezeile 2 Goldmark, Annahme bis 9 Uhr vorm.
---	--	--

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Aemtsnachlässe und alle Wohnstätten entgegen.

# Wiedertekehr der großen Koalition?

## Ein Kabinett Marx?

Der Abgeordnete Siegenwald hat dem Reichspräsidenten mitgeteilt, daß er den Auftrag zur Kabinettsbildung nicht übernehmen könne, weil ein Kabinett nach seiner Überzeugung zur Zeit nicht möglich sei; es sei zweckmäßig, mit der Kabinettsbildung einen Mann zu betrauen, der innerpolitisch weniger umstritten sei als er. Der Reichspräsident hat alsdann den Reichstagsabgeordneten, Senatspräsidenten Marx mit der Kabinettsbildung beauftragt. Abgeordnete Marx hofft, dem Reichspräsidenten noch im Laufe des heutigen Tages seinen Vorschlag zur Bildung einer Regierung, die sich auf die Mittelparteien des Reichstags stützt, unterbreiten zu können.

Der Führer des Zentrums, der Reichstagsabgeordnete Dr. Marx, wurde gestern abend vom Reichspräsidenten zu einer Besprechung gebeten. In einer Konferenz erteilte Herr Ebert ihm den Auftrag zur Kabinettsbildung. Dr. Marx nahm den Auftrag an. Die Fraktionen hielten sich in den Nachmittagsstunden völlig zurück, um Dr. Marx für seine Bemühungen freie Hand zu lassen. Die Demokraten waren die ersten, die einen formellen Beschluß herbeiführten, sich nicht weiter an Koalitionsbesprechungen zu beteiligen, da es ausschließlich Aufgabe des Kanzlerkandidaten sei, sich sein Ministerium zusammenzustellen, dann vor das Parlament zu treten und um das Vertrauen zu bitten. Es ist anzunehmen, daß Dr. Marx sich in der Hauptsache auf die bürgerliche Arbeitgemeinschaft der Mitte stützen wird, und daß die Sozialdemokratie ihm gegenüber eine wohlwollende Neutralität einnehmen wird. Bestimmte Zusagen hierüber sind aber zur Zeit von den Sozialdemokraten nicht zu erwarten, da sie zum größten Teil auswärts weilen und erst Freitag nachmittags telegraphisch zu einer Fraktionsbesprechung zurückkehren. Dr. Stresemann dürfte dem neuen Kabinett als Außenminister auscheiden. Ueber die Verteilung der übrigen Portefeuilles ist im Augenblick noch keine Entscheidung gefallen.

Die Verhandlungen des Abg. Marx über die Kabinettsbildung sind so weit fortgeschritten, daß sie voraussichtlich morgen vormittag abgeschlossen werden. Um eine Brücke zu den Deutschnationalen zu schlagen, hat sich Abg. Marx an den deutschnationalen Abgeordneten Schiele gewandt, um ihn zur Übernahme des Ernährungsministeriums zu bewegen. Schiele wird seine Antwort von der Entscheidung des Reichstagsbundes abhängig machen. Ueber die weitere Besetzung des Kabinetts bestehen bis zur Stunde im wesentlichen nur Vermutungen. Die Mehrzahl der Blätter führt folgende voraussichtliche Ministerliste an: Marx (Zentr.) Reichskanzler, Dr. Jaxer (D. Vp.) Vizekanzler, Neukircher (D. Vp.) Inneres, Dr. Hamm (?) (Dem.) Finanzen, der bisherige Finanzminister Dr. Luther (?) (D. Vp.) Post und besetzte Gebiete, der bisherige Reichspostminister Dr. Hölle (Zentr.), Julius Dr. Amminger (Wagn. Vp.), Arbeit der bisherige Reichsarbeitsminister Dr. Brauns (Zentr.), Reichswehr der bisherige Reichswehrminister Dr. Gehler (Dem.), Ernährung Dr. Schiele. Die Verhandlungen über die Besetzung des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichsverkehrsministeriums waren in später Abendstunde noch nicht abgeschlossen.

Wie es heißt, werde Dr. Gehler ein Verbleiben als Reichswehrminister ablehnen. In diesem Falle sei Dr. Kardorff zum Nachfolger Gehlers auszuwählen. Dr. Kardorff, der im Kabinett Stresemann bekanntlich Ernährungsminister war, wird auch als Minister des Innern genannt.

Reichstagsabgeordneter Geheimrat Julliat Marx, der Führer der Reichstagsfraktion des Zentrums, ist am 15. Januar 1863 in Köln geboren. Er ist Jurist und legte nach seinem Studium in Bonn die richterliche Laufbahn in seiner rheinischen Heimat zurück, wo er in seiner Vaterstadt seit 1904 als Landgerichtsrat und seit 1906 als Oberlandesgerichtsrat wirkte. In gleicher Eigenschaft kam er 1907 nach Düsseldorf. Im Frühjahr d. J. wurde er als Senatspräsident an das Kammergericht zu Berlin berufen.

Marx ist alter Zentrumsparlamentarier. Von 1899 bis 1918 vertrat er den Wahlkreis Crefeld-Land im preussischen Abgeordnetenhaus und von 1910 bis 1918 war er Mitglied des Deutschen Reichstags für den Wahlkreis Rülheim (Rhein). Der Nationalversammlung und der Preussischen Landesversammlung gehörte Marx ebenfalls an.

Der Vorwärts sagt zu Dr. Marx' Auftrag zur Kabinettsbildung: Der bisherige Vorsitzende der Zentrumsfraktion und voraussichtliche Reichskanzler Marx ist bei der Rechten ebenso beliebt, wie er in der sozialdemokratischen Fraktion wegen seiner Besonnenheit, Sachlichkeit und Rechtschaffenheit geachtet wird. Aber damit ist natürlich noch nicht gesagt, daß er Mißgriffe vermeiden wird, die die sozialdemokratische Fraktion veranlassen könnten, einen Appell der Wähler vorzeitig herbeizuführen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist für heute mittags 2 Uhr telegraphisch zusammenberufen worden. Es bedarf wohl keiner besonderen Bemerkung, daß die sozialdemokratische Fraktion einem bürgerlichen Kabinett mit Deutschnationalen kein Vertrauen entgegenbringen kann.

## Demission des Reichsfinanzministers.

Der Reichsfinanzminister Dr. Luther hat an den Reichspräsidenten einen Brief gerichtet, in dem er den Reichspräsidenten bittet, ihn von der Führung der Geschäfte des Finanzministeriums zu entbinden, da er nicht glaubt, weiterhin die Verantwortung für die Finanzgeschäfte Deutschlands während eines regierungslosen Zustandes tragen zu können.

## Deutschnationale Annäherung.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat an den Reichspräsidenten folgendes Schreiben gerichtet:

Nach dem Rücktritt des Kabinetts Stresemann hätte es der parlamentarische Brauch gefordert, daß eine der Oppositionsparteien mit der Kabinettsbildung betraut worden wäre; das ist nicht geschehen. Vielmehr haben Sie, Herr Reichspräsident, die verschiedensten Versuche zur Neubildung der Reichsregierung unternommen, die gescheitert sind. Inzwischen haben sich sowohl die außenpolitische Lage, wie auch die finanzielle und wirtschaftliche Not des deutschen Volkes so verschärft, daß ein weiteres Hinauszögern der Kabinettsbildung nicht verantwortbar werden kann. Das deutsche Volk in seiner überzogenen Mehrheit erwartet eine Abwendung von der bisherigen Regierungsmethode und Neuorientierung nach rechts. Wenn dieser Reichstag in seiner überalterten Zusammensetzung nicht fähig ist, dieser Stimmung des Volkes Ausdruck zu geben, so müssen Sie, Herr Reichspräsident, die Entscheidung des Volkes anzunehmen und der neuzubildenden Regierung die Vollmacht zur Auflösung des Reichstags geben. Unter solchen Voraussetzungen stellen wir uns der Regierungsbildung zur Verfügung.

Auf das Schreiben Hergts hat Reichspräsident Ebert gestern abend mit folgendem Brief geantwortet:

„Sehr geehrte Excellenz! In Erwiderung Ihres Schreibens muß ich zunächst darauf aufmerksam machen, daß die Reichsverfassung die Berufung des Mannes, der das Reichskabinett bilden und leiten soll, meiner freien Entscheidung überläßt. In Ausführung dieses mir verfassungsmäßig zustehenden Rechts habe ich bisher mit der Bildung einer neuen Regierung stets eine Persönlichkeit betraut, deren politische Stellung die meisten Aussichten für eine schnelle Zusammenfassung eines arbeitsfähigen Kabinetts zu bieten schien. Diesen Weg bin ich auch in der gegenwärtigen Krise gegangen. Wenn ich auch davon abgesehen habe, eine der beiden Oppositionsparteien mit der Neubildung der Regierung zu betrauen, so geschah das, weil ich durch meine vertrauliche Aussprache mit den Führern der Reichstagsfraktionen am Abend des 23. d. M. zu der Überzeugung kommen mußte, daß für keine der beiden Oppositionsparteien die Möglichkeit der Bildung einer Regierung auf verfassungsmäßiger Grundlage vorhanden war. Außerdem hatte ich aus der Besprechung mit Ew. Excellenz am Freitagabend den Eindruck gewonnen, daß die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei keinen entscheidenden Wert auf die Führung der Regierungsbildung legte, vielmehr mit der Kanzlerschaft eines Mitglieds der Deutschen Volkspartei oder des Zentrums einverstanden war. Im übrigen darf ich ausdrücklich darauf hinweisen, daß ich mit Herrn von Kardorff, der mir von der Fraktionsleitung der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten für die Regierungsbildung in Vorschlag gebracht worden war, über- eingekommen war, der Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei zwei wichtige Ressorts zur Besetzung durch Männer ihrer Fraktion anzubieten. Die Auffassung, daß jedes Hinauszögern der Kabinettsbildung die Interessen des Reiches schädigt, teile ich durchaus.“

Nachdem mein Versuch, ein überparteiliches Kabinett, das von den bürgerlichen Parteien getragen werden sollte, zu berufen, mißlungen war, habe ich alles getan, was in meiner Möglichkeit lag, um die im Reichstage geführten Verhandlungsverhandlungen der bürgerlichen Parteien zu beschleunigen. Diese Verhandlungen sind, wie Sie wissen, gescheitert. Darauf habe ich heute nachmittags den Reichstagsabgeordneten Senatspräsidenten Marx mit der Bildung einer Regierung beauftragt, die von den Mittelparteien getragen wird.“

## Das Zentrum gegen die Auflösung der großen Koalition in Preußen.

II. Berlin, 29. November. Die Zentrumsfraktion des preussischen Landtages hat heute vormittags zu dem von den Deutschnationalen gestellten Antrag auf Auflösung der großen Koalition in Preußen folgenden Beschluß gefaßt: „Nachdem alle anderen Versuche zur Bildung eines Reichskabinetts gescheitert sind, erkennt die preussische Landtagsfraktion den Versuch, ein Reichskabinett unter Hinzuziehung der Deutschnationalen Volkspartei zu bilden als richtig an. Sie sieht aber einen sachlichen Grund als nicht für gegeben, in der preussischen Regierung deshalb jetzt (!!) eine Veränderung eintreten zu lassen. Die Entwicklung der Verhältnisse im Reich ist abzuwarten.“

Die Fraktionen der Deutschen Volkspartei und der Demokraten haben entsprechende Erklärungen abgegeben.

## Donnerstag: Amtl. Dollarkurs Berlin

4189,5 Milliarden G.	4205,5 Milliarden M.
997,5 Milliarden G.	1002,5 Milliarden M.

## Flammenzeichen.

Und sieh! Und sieh! In welcher Wand  
Da kam's hervor wie Menschenhand;  
Und schrieb und schrieb an welcher Wand  
Buchstaben von Feuer und Schwand.

Die politischen Astrologen des Herrn Herfurth malen mit „Buchstaben von Feuer“. Im Vorübergehen bekommen die Deutschnationalen einige Seitenhiebe ab, womit verdeckt werden soll, daß doch eigentlich die Herren um Hergt und Helfferich die Lehrmeister der von Herrn Herfurth angestellten Federhelden sind. Man versucht dabei, den gut nationalen Leipziger Spiegel bei der Stange zu halten, und beruft sich als Kronzeugen auf den bisherigen Reichsfinanzminister. Der einstige Essener Bürgermeister, Dr. Luther, hat dem Reichspräsidenten, um in der Kumpelsprache zu reden, die Brocken hingeworfen. Der Brief womit er seinen Rücktritt verkündet, enthält die „Buchstaben von Feuer“, die der Schicksalskinder der: L. N. N. Ebert-Bejarar mitternächtlich an die Wände malt.

Der bisherige Reichsfinanzminister bricht zusammen unter der Fülle der Unterlassungsfünden, die er sich während seiner kurzen Amtstätigkeit zuschulden kommen ließ. Der durch das Verhalten des Reichstages herbeigeführte Rücktritt der Reichsregierung habe alle vorbereitenden außen- und innenpolitischen Schritte der Regierung ins Stocken gebracht. Binnen wenigen Tagen werde der zur Fortführung der Erwerbslofenfürsorge im besetzten Gebiet ausgeworfene Kredit von 100 Milliarden Rentenmark erschöpft sein. Auch die Zahlungen für die Besatzungsmächte laufen, nach den Worten Dr. Luthers, während dieser ganzen Zeit „ohne Deckung durch den Uebergangshaushalt.“ Es ist geradezu rührend zu hören, wie dieser Reichsfinanzminister, dessen ganze Weisheit das Ermächtigungsgesetz und der § 48 der Reichsverfassung bedeutete, über das erzwungene Interregnum jammert. Für das finanzielle Weiterleben des Reiches „wenn auch auf schmaler Grundlage“ sei von entscheidender Bedeutung, daß „im Monat Dezember bereits nennenswerte neue Einnahmen fließen.“ Die sachlichen Vorbereitungen dazu seien durch Verhandlungen mit den Reichsratsauschüssen zum Abschluß gebracht. (Siehe vor allem die bereits gekennzeichneten Projekte auf Wiederherstellung der Friedensmieten, wovon das Reich den Löwenanteil erstrebt.) Zu seinem größten Bedauern sei Dr. Luther außerstande gewesen, weitere Maßnahmen zur Ausgabenbeschränkung durchzuführen. Die Entlassung Hunderttausender von Beamten, die bereits verfügt worden ist, genüge ihm noch nicht. Und gerade das war doch die glänzendste Seite des Reichsfinanzministers a. D., daß er die Ausgabeposten des Reiches überall dort trefflich zu beschneiden wußte, wo es um die Interessen der unteren Volksschichten ging. Dafür aber hat dieser Reichsfinanzminister mit seinen Bedenken völlig verlagert, als es galt, die Einnahmen epositionen des Etats entsprechend aufzuwerten. Hier liegt der Hase im Pfeffer. Obwohl der Reichstag ausgeschaltet war, und der Reichsfinanzminister mit dem Ermächtigungsgesetz und dem Paragraphen 48 alle Möglichkeiten zur Hand hatte, entsprechende Einnahmequellen zu erschließen, hat er ebenso verlagert, wie sein in der Bergeshöhe verfunkenen Vorgänger, der weinlusterne Dr. Bernes.

Die Zeilen, wodurch, nach den Skribenten des Herfurthorgans, der Reichsfinanzminister Dr. Luther dem Reichspräsidenten „mit dem Gesichtswinkel des Parteisekretärs“ das Schicksal kündete, sind Flammenzeichen, die die ganze Situation erhellen. Sie sind Flammenzeichen, die eigentlich auch den Leuten von den L. N. N. das Gedächtnis entsprechend schärfen sollten. Kennzeichnen sie doch erneut die Tatsache, daß die bestehende Klasse des Reiches auf die Interessen des sonst so gepriesenen Vaterlandes pfeifen, wenn sie gezwungen werden sollen, die Kosten für die überschwenglich gefeierten nationalistischen Exkursionen zu tragen. Der Reichsfinanzminister Dr. Luther hat weder dazu beigetragen, den völligen Verfall der deutschen Finanzen zu beschleunigen.

Vor wenigen Tagen erst erließ er auf Grund des Artikels 48 eine Steuerverordnung, nach der eine ganze Anzahl Steuern und Monopoleinnahmen aufgewertet werden sollten. Im Vorwärts berechnet Genosse Kurt Heinig, daß die 13 von Dr. Luther ausgewerteten Steuern insgesamt 100 000 Goldmark erbringen würden, die noch nicht einmal hinreichen, 100 Beamte des Reiches zu entlohnen. Dieser lächerlichen Summe von 100 000 Goldmark gegenüber hatte das Reich im Oktober allein 87 Goldmillionen Mark Einnahmen. Dabei betragen die Einnahmen des Reiches in den letzten Monaten noch nicht einmal mehr 1 Prozent der erforderlichen Ausgaben und daran läßt sich erkennen, was es mit den Steuerverordnungen des nunmehr heulmeiernden Dr. Luther auf sich hat. Der Vorwärts bringt einen längeren Auszug aus der deutschen Arbeitgezeitung, also einen Zeugen von unerschütterlicher Qualität, der den Inflationsgewinnlern und den dafür Verantwortlichen gehörig die Leviten liest. Die Deutsche Arbeitgeberzeitung verweist auf die geradezu verantwortungslose



Kreditwirtschaft unter dem Regime Cuno-Havenstein und schreibt:

Wegbereiter waren führende Kreise des Wirtschaftsbereichs. Aus diesem Zusammenhang heraus ist auch die Verschleppung der Währungsreform zu begreifen, denn diese einflussreichen Kreise hatten natürlich kein Interesse an einer Stabilisierung der Währung und haben zweifellos einen hemmenden Einfluss ausgeübt; sie haben in Havenstein, der ihnen diese enormen Inflationsergebnisse ermöglichte, ihren besten Freund.

An allen Wechsellinien ist verdient worden, sehr viel verdient worden, meist 20 Prozent! Rechnen wir nur, um alle Einwände abzuschneiden, mit 80 Prozent und nehmen wir eine redliche Leistung vor. Der Verdienster war der Bezogene. Sein Konto wird mit 40 Prozent des errechneten Goldmark-Wechselbetrags belastet.

Dieser sei, schlussfolgert die Arbeitgeberzeitung, die Möglichkeit gegeben, eine „gerechte, nur den Verdienster treffende und überhaupt erziehbare Steuer anzutragen, die außerdem noch den Vorzug besitzt, leicht und schnell, ohne großen Kostenaufwand erhoben zu werden.“ Wo sind die Maßnahmen, die Dr. Luther traf, um diese selbst von den führenden Wirtschaftskreisen gekennzeichneten Gewinnquellen zu erfassen? Dr. Luther war ein klassischer Vertreter der bestehenden Klassen, der es trefflich verstand, seine Klassengenossen vor jeder wesentlichen Belastung zu beschützen. Dr. Luther rühmt sich, daß unter seinem Regime das Rentenbankprojekt durchgeführt worden ist. Damit soll der deutschen Währung das Rückgrat gestiftet werden. Aber die Klassengenossen des Herrn Dr. Luther wußten bereits seit längerer Zeit die Zwischen- und Vorwischenlösungen des Reichsfinanzministers entsprechend zu werten. Charakteristisch waren Mitteilungen der Vossischen Zeitung in der Nummer vom 25. November, worin gesagt wurde, daß eine große Reihe Hamburger „Geschäftsorganisationen“ die soviel geprügelte Rentenmark nur noch zu 70 oder 80 Goldpfennigen in Zahlung nehmen. Es hat erst einer Verordnung des Hamburger Senats bedurft, diese Nutznießer der Inflation zu zwingen, die von ihren Klassenbeauftragten herausgegebenen währungsobständigen Geldscheine zum vollen Nennwert in Zahlung zu nehmen. Dafür aber gestattet die Hamburger Polizeibehörde dem Händler zum Aufschlag der Goldpreise einen Zuschlag, freilich nur von „höchstens“ 30 Prozent zu nehmen.

Die Vorgänge in Hamburg beweisen, und das ist eine der Quellen der letzten Steigerung der Goldmarkpreise, daß der Papiermarkinflation bereits eine neue Goldmarkinflation auf der Ferse folgt. Der Staatssekretär J. D. der Professor Dr. Julius Hirsch, einer der gewieuesten Kenner der deutschen Währungs- und Finanzverhältnisse verbreitet sich im Blutus über die vom Reich ausgearbeiteten Währungsprojekte. Er weist nach, daß unter Berücksichtigung der abgetrennten Gebiete an Gold, Banknoten und diesen gleichstehenden Zahlungsmitteln etwa 3 1/2 Milliarden Goldmark an Vorkriegswert vorhanden gewesen seien. Er rechnet weiter die durch die verschiedenen Währungsmaßnahmen der Reichsbank, Rentenbank und Reichsregierung geschaffene Menge an scheinbar wertebildenden Zahlungsmitteln und kommt zu dem Ergebnis von 6,8 Milliarden Goldmark, denen unter den gleichen Voraussetzungen in Friedenszeiten nur 3 1/2 Milliarden entgegenstehen. Dabei ist zu bedenken, daß heute der Giroverkehr außerordentlich ausgebaut worden ist, daß ferner die Umlauffrist der einzelnen Noten zweifellos verlängert, und die Warenmenge, die der Gesamtheit der Zahlungsmittel gegenübersteht, um das Vielfache verringert worden ist. Danach ergibt sich automatisch das Einsetzen einer neuen Inflation, unter deren Auswirkungen wir bereits stehen, und Staatssekretär Dr. Hirsch hat völlig recht, wenn er schonungslos erklärt:

Mit solchen „Zwischenlösungen“ löst man nicht die Währungsnot; sollen sie so lange dauern, verschärft man sie. Der steifste Grund aber ist der, daß der Staat seine Ausgaben nicht durch offene Einnahmen aus der Wirtschaft, sondern durch versteckte Enteignung der Geld- oder Anteilbesitzer, eben durch die Inflation, nimmt. Ob er diese Inflation durch Druck von Papiermark, durch Druck von Goldmark oder auch durch Druck von Rentenmark schafft, kann im letzten Erfolg nur dann erträglich sein, wenn diese Inflation mit ganz kurzgegrenzter Frist ausfährt. Vorkäufig geht aber weder der Staat noch immer den Weg des Gelddruckens, statt den Weg der schlüssellosten Schaffung wirklicher Goldmarken für das Reich.

Die Lösung des Währungsproblems, die Ausbalancierung des Etats, ist die Voraussetzung für die Lösung aller Wirtschaftsprobleme Deutschlands. Mit Zwischenlösungen, ganz gleich welcher Art, ist nichts getan, wenn es nicht gelingt, die Einnahmen des Reichs entsprechend zu steigern. Das aber kann nur geschehen durch eine entsprechende Belastung der bestehenden Klasse. Dagegen aber wehrte sich Dr. Luther und dagegen wird sich jeder folgende Finanzminister wehren müssen, wenn er nicht von seinen eigenen Klassengenossen zum Tempel hinausgeschleudert werden will.

Diese Fragen sind zu erwägen, wenn man gegenwärtig in Berlin die Frage einer neuen Koalition mit den bürgerlichen Parteien erwägt. Am gestrigen Tage ist der Zentrumsführer Marx mit der Bildung des Kabinetts beauftragt worden. Zur Stunde steht noch nicht völlig fest, wie sich das neue Kabinett zusammensetzen und auf welche Mehrheit des Reichstags es sich stützen wird. Der Bürgerblock ist durch das Verhalten der Deutschnationalen zunächst gescheitert. Damit tritt an die Sozialdemokratische Partei erneut die Frage des Eintritts in die Regierung, oder einer etwaigen Unterstützung heran. Gestern Abend hat Genosse Müller bereits konferiert. Für heute wurden die Reichstagsabgeordneten telegraphisch nach Berlin beordert, und es gehört wahrhaftig nicht allzuviel Scharfsicht dazu, um zu erkennen, um was es sich dabei handelt. Obendrein gibt der Vorwärts eine vielbezeichnende Deklaration über die Entwicklung der politischen Verhältnisse. Er schreibt in einer Betrachtung der Situation:

Nachdem der Verlust der bürgerlichen Mitte, eine Regierung mit Unterstützung der Rechten zu bilden, gescheitert ist, selbst wenn das Reich nicht der Anarchie überlassen werden soll, nur die Bildung einer Regierung übrig, die von der Sozialdemokratie unterstützt oder gebildet wird. Ob sie an dieser Regierung direkt beteiligt sein soll oder nicht, ist eine Frage zweiter Ordnung.

Danach dürfte mit allen Ueberrassungen zu rechnen sein. Das Kabinett Marx ist im wesentlichen eine Wiederkehr der bisherigen Koalition. Es sind die alten Leute, nur mit einer andern Verteilung der Ressorts. Das Kabinett Stresemann hat den sozialdemokratischen Ministern kurzerhand den Stuhl vor die Tür gesetzt. Aufhebung des Besatzungsstatus ist die erste Forderung, die jedes Kabinett erfüllen muß, das irgendwie die Unterstützung der sozialdemokratischen Partei erlangen will. Werden jetzt dieselben Leute, die das Kabinett Stresemann bildeten, bereit sein, dieser Forderung zu entsprechen? Das dürfte kaum anzunehmen sein. Andernfalls wäre die Komödie der letzten Woche geradezu Novoverrat am Reich gewesen.

Dazu kommt aber, daß eine Lösung all der brennenden wirtschaftlichen und Reparationsfragen nur gefunden werden kann, wenn es endlich gelingt, in dem vielschichtigen Kampfe der Klassen gegeneinander, dem Kapital, entsprechende Steuer-

lasten aufzuerlegen. Andernfalls versinken wir rettungslos in der neuen Inflation. Das würde freilich dem Großkapital erneut Billionengewinne bringen. Aber die Arbeiterklasse würde völlig zermürbt der Gelde des radsgerigen Unternehmertums ausgeliefert. Dazu kann die sozialdemokratische Fraktion ihre Unterstützung nicht geben. Das Mietenergesetz wird durchgeführt. Soll das mit Unterstützung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion oder gar durch den Eintritt in das neue Kabinett geschehen? Diesen Gedanken auch nur zu erwägen, erscheint uns unmöglich.

All das sind Flammzeichen, die gebieterisch Beachtung fordern. Es geht um Sein oder Nichtsein der deutschen Sozialdemokratie. Es geht um die Existenz der deutschen Arbeiterbewegung. Darum keine Zwischenlösung auf politischem Gebiet, wenn eine grundlegende Veränderung gebieterische Notwendigkeit bleibt.

## Die Beschlüsse des Parleauschusses.

Protokoll der Funktionäre des Leipziger Bezirks.

Eine Versammlung der Funktionäre des Leipziger Bezirks beschäftigte sich gestern mit den Beschlüssen des Parleauschusses. Nach längerer Debatte wurde nachstehende Entschloßung gegen etwa 10 Stimmen angenommen:

Die Politik des Parteivorstands und der Fraktionmehrheit, die fortwährende Duldung des Cuno-Kabinetts führte zum vollständigen Zusammenbruch der Ruhraktion, zur Abtrennung des besetzten Gebietes von Deutschland.

Die Ruhraktion war der Boden, auf dem die Schwerindustrie zielführend die Inflation herbeiführte, durch die die Kampfkraft der Arbeiterklasse auf ein Minimum herabgedrückt wurde.

Das Ermächtigungsgesetz beseitigte die Grundlage der Demokratie. Während die bestehende Klasse von einschneidenden Steuermaßnahmen verschont wurde, wurden durch das Ermächtigungsgesetz Tausende von Beamten schonungslos auf das Messer geworfen. Das sind die Früchte der Politik, wie sie vom Parteivorstand unterstützt wurde.

Wenn trotzdem die Partei in einer Anzahl von Bezirken ihren Bestand zu wahren wußte, oder selbst, wie in Zwickau, noch einen Mitgliederzuwachs zu buchen hatte, dann war das der tatsächlichen Haltung der Opposition zu danken. Sie hat in der Arbeiterklasse das Prestige der sozialdemokratischen Partei gewahrt.

In Erkenntnis dieser Tatsache protestiert die Funktionärenversammlung gegen die Beschlüsse des Parleauschusses, die darauf angelegt sind, jede Meinungsfreiheit in der Partei zu unterbinden, die Tätigkeit der Opposition lahmzulegen, und die die Beseitigung aller demokratischen Rechte der Mitglieder im Gefolge haben müssen.

Die Funktionärenversammlung protestiert weiterhin gegen die völlige Ausschaltung der Organisationen, die durch den Beschluß über die Stellung der Landesinflationen zu den Landtagsfraktionen herbeigeführt werden soll.

Sie fordert, daß der bevorstehende Landespartitag in diesen organisatorischen Fragen, ebenso wie zur Politik des Parteivorstands klare Bahn schafft. Sie fordert erneut die baldige Einberufung eines Reichspartitags zur Klärung der Lage im Reich.

Der Kampf gegen die Opposition soll lediglich dazu dienen, die Parteigenossen von der Schuld des Parteivorstands abzulenken. Die Beschlüsse verhindern die Klärung innerhalb der Partei. Sie müssen zu einer weiteren Schwächung der Organisationen führen.

Die Verammelten haben weiterhin fest zur Partei und werden sich mit aller Entschiedenheit gegen die Maßnahmen der Zentralinstanzen, die, wie im Jahre 1918 angelegt sind, die Arbeiterbewegung erneut zu spalten.

## Die Durchführung des Ruhrabkommens.

Nach einer Mitteilung des RWB. enthält das zwischen der Industrie-Kommission und der Union vereinbarte Abkommen noch eine Anzahl Anlagen, in denen dessen technische Durchführung geregelt wird.

Anlage I zählt die Kohlenzweige der Firmen auf, die bereits vor dem 2. November Abkommen mit den Besatzungsbehörden geschlossen haben, also Becker, Krupp, Thyssen und Rheinisch.

Anlage II regelt die prozentuale Verteilung der Kohlen- und Kokslieferungen der einzelnen Kohlenzweige für die erste Periode bis zum 15. Januar und für die Periode nach dem 15. Januar. In dieser Anlage haben u. a. auch die Kokslieferungen an Italien ihre Regelung dahin gefunden, daß die deutschen Kokslieferungsverpflichtungen an Italien in das Abkommen eingeschlossen werden. Die Quote der von der Ruhrindustrie kostenlos an die Entente zu leistenden Reparationskosten wird dadurch von 18 auf 21 Prozent der Förderung für den Monat November erhöht.

Anlage III enthält die Auflistung der bei den einzelnen Unternehmungen beschlagnahmten Metallbestände, sowie die Summen, welche dafür an die Besatzungsbehörden und auf die rückständigen Kohlenlieferungen der einzelnen Kohlenzweige anzurechnen sind.

Die zwei nächsten Anlagen enthalten Bestimmungen über die Lieferung und Beschaffenheit der auf Reparationskonto auszuführenden Kohlen-, Koks- und Blechlieferungen. Sie regeln im einzelnen die Qualitäts- und Quantitätsforderungen. Die nächste Anlage enthält eine ausführliche Liste der Waren, die abgabefrei eingeführt werden können. Ferner ist den Anlagen der Entwurf der für eine vereinfachte Ein- und Ausfuhrkontrolle der Besatzungsbehörden im Warenverkehr mit dem unbesetzten Deutschland und dem Auslande beigelegt.

Paris, 28. November. Nach einer Havas-Meldung aus Koblenz sind im Rahmen des allgemeinen Abkommens vom 24. November Sonderabmachungen mit folgenden Firmen getroffen worden: Thyssen, Gutehoffnungshütte, Mannesmann, Emscher-Lippe, Konstantin der Groß-, Harpener und Heinrich Hebrühr. Die Verhandlungen mit den Braunkohlenindustriellen werden fortgesetzt. Hinsichtlich der Reparationslieferungen und der Kohlensteuer sei mit den Syndikaten eine Verständigung erzielt worden.

Köln, 28. November. Der Kölner Zeitung wird aus Solingen berichtet: Zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit wurden zwischen der Solinger Handelskammer und den amtlichen englischen Stellen, sowie mit den Vertretern der internationalen Rheinlandkommission Verhandlungen gepflogen, die zu einem Übereinkommen führten. Nach dem Abkommen, das zunächst für die Dauer von drei Monaten und für eingetragene Firmen des Solinger Handelskammerbezirks gilt, sowie für die in Frage kommenden Industrien und Handelszweige gehören, ist für eine größere Zahl von Erzeugnissen der Solinger Eisen- und Stahlwarenindustrie für die Ausfuhr nach dem Auslande und den Versand nach dem unbesetzten Deutschland die Abgabe von vier bis acht Prozent auf zwei Prozent ermäßigt worden. Die Ermäßigung gilt für diejenigen Warenmengen, die im Durchschnitt der Monatsmengen 1922 aus dem Solinger Bezirk verhandelt wurden. Die Verhandlungen über die andern in dem Abkommen nicht erwähnten Warengruppen des Tarifs können von der Handelskammer sofort in Angriff genommen werden, sofern es sich um Waren handelt, die in dem Solinger Bezirk hergestellt werden.

Mannheim, 28. November. Zwischen der internationalen Rheinlandkommission und der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen sind zwei vorläufige Abkommen geschlossen worden. Das erste steht u. a. vor, daß die internationalisierte Rheinlandkommission Ausfuhrbewilligungen für die von der Interessengemeinschaft der deutschen Farbenfabriken hergestellten Erzeugnisse nach dem Auslande sowohl als auch nach dem unbesetzten Deutschland erteilt. Der Export bleibt jedoch kontrolliert. Das zweite Abkommen regelt die Ausfuhr von Düngemitteln nach dem Auslande und nach dem unbesetzten Deutschland sowie das besetzte Gebiet genlegend mit Stickstoff verlorat ist. Ein bestimmter Prozentsatz von den Produkten

des Düngemittels ist unentgeltlich der Rheinlandkommission zu überlassen.

Berlin, 28. November. Der 34er Ausschuss für die besetzten Gebiete ist gewählt worden. Er besteht aus 20 Mitgliedern des Zentrums, 20 Sozialdemokraten, 8 Angehörigen der Deutschen Volkspartei, 4 Deutschnationalen und 4 Demokraten. Außerdem wurde beschloßen, den Ausschuss um 2 Mitglieder zu vermehren. Es werden auf diese Weise noch 2 Kommunisten in den Ausschuss gewählt. In dem Ausschuss befinden sich u. a. Zumbusch (Zentr.), Dr. Kläuter und von Krupp.

## Vereinbarung über die Verlängerung der Arbeitszeit.

M. Berlin, 28. November. Um eine baldige Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrbergbau zu ermöglichen und um durch reichhaltigere und baldige Versorgung der Wirtschaft mit Steinkohlen der Arbeitslosigkeit zu steuern und den Kohlenmangel zu beheben, haben die Vertreter des Zehnerbundes und der Gewerkschaften im Reichsarbeitsministerium die Vereinbarung getroffen, daß im Ruhrbergbau die Arbeiter unter Tage, sowie die mit der Förderung unmittelbar zusammenhängenden Arbeiter über Tage im Anschlag an die regelmäßige Schicht eine Stunde Mehrarbeit leisten. Für die übrigen Arbeiter über Tage soll in Verbindung mit der Vereinbarung baldmöglichst eine Regelung der Arbeitszeit gefunden werden. Die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer waren darüber einig, daß zur möglichst baldigen Erreichung der Friedensleistungen im Ruhrbergbau alle in der Technik, der Organisation und der Arbeitsteilung des Bergbaus möglichen Verbesserungen ohne Verzug durchgeführt werden. Bis zum 1. Februar 1924 werden die Vertreter der Verbände unter Mitwirkung des Reichsarbeits- und Reichswirtschaftsministeriums erneut zusammenzutreten, um festzustellen, ob dieses Ziel erreicht ist oder welche weiteren Mittel etwa zu seiner Erreichung notwendig sind.

## Regierungskrise auch in Bayern?

Ankling gegen Kahr.

München, 28. November. Am Mittwoch ist der Ständige Ausschuss des Bayerischen Landtags, das sogenannte „Kleine Plenum“, zusammengetreten. Nachdem sich die Regierung hauptsächlich auf Drängen der Sozialdemokratie, dazu bereit erklärt hatte, eine Erklärung zur politischen Lage abzugeben, erwartete man bereits für diese erste Sitzung die Rede des Ministerpräsidenten Anklings. Wäber erwarten aber hielt Anking mit seinen Ausführungen, deren Wortlaut bereits seit Dienstag festgelegt ist, zurück. In seiner Stelle erklärte der Vorsitzende des Ausschusses, Geheimrat Feld, der Ministerpräsident habe wissen lassen, daß er nur dann in der Lage sei, sich mit volkommenem Freimuth über die politischen Vorgänge auszusprechen, wenn die Öffentlichkeit ausgeschloßen wird. Für diesen Fall wird am Donnerstag die politische Aussprache beginnen. Die Vorbereitungsmaßregel der Regierung ist unverständlich, und zwar auch dann, wenn man die ganzen Schwierigkeiten des gegenwärtigen Augenblicks in Rechnung stellt. Sie ist um so weniger verständlich, wenn man hört, daß Anking entschlossen ist, so bald wie möglich, vielleicht schon in dieser Woche, eine Entscheidung in der Frage: Regierung oder Generalkommissariat, herbeizuführen. Weitgehende Änderungen in dieser Richtung wird bereits die Donnerstagdebatte Anklings im Ausschuss bringen, mit der offenbar der stille Kampf hinter den Kulissen der Bayerischen Volkspartei beendet und in ein Stadium gebracht ist, in dem die Entscheidung zur unbedingten Notwendigkeit wird. Damit hätte endlich jene politische Verunft innerhalb der Regierungspartei Oberhand gewonnen, die angesichts des stillen Pulses und seiner Auswirkungen bereits in den bedeutsamen Sitzungen am 10. November sich dafür einsetzte, daß jetzt reiner Tisch gemacht werden müsse. Eine sofortige Abkehr von der lenkenden Politik der Bayerischen Volkspartei hätte aber damals an der unentschlossenen Haltung der Fraktion, die es mit der Angst vor der eigenen Courage zu tun bekam. Die Entschlossenheit Anklings, das Ende des Generalkommissariats herbeizuführen, macht anscheinlich auch nicht Halt vor seinem eigenen Sturz. Für diesen Fall soll der Rechenhauer Oberbürgermeister Dr. Hipp das Staatsruhr in Bayern erteilen, nachdem der Bamberger Oberbürgermeister Wächter eine Berufung seiner Partei aus Gesundheitsgründen abgelehnt hat.

Nach einer neueren Meldung hat der Ministerpräsident in der Sitzung am Donnerstag die angekündigte Erklärung erneut zurückgestellt. Zweifellos wird die Veränderung der Erklärung wesentlich durch die Regierungskrise beeinflusst, da für die beabsichtigte Lösung der bayerischen Frage die Umstellung des neuen Reichsabinetts naturgemäß von ausschlaggebender Bedeutung ist.

## Keine Auslieferung der Münchner Novemberverbrecher.

Dem Sen. Parlamentsdienst wird aus München gemeldet: Der Oberreichsanwalt am Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hat, wie sich jetzt herausstellt, lediglich in einem Schreiben an die Münchner Polizeidirektion die Verhaftung, aber nicht die Auslieferung der am Hochverrat beteiligten Personen, d. h. Hirscher, Lubendorffs und Pochner sowie Ehrhardts verlangt. Der Bayerische Kurier, der bekanntlich der Regierung sehr nahesteht, weist am Mittwoch nun neuem darauf hin, daß es in dieser Frage sehr wohl zu einer gütlichen Einigung mit dem Reich kommen könne, vorausgesetzt, daß man nicht zugleich das bayerische Ausnahmerecht in seiner Gesamtheit zum Strohstößel macht. In diesem Falle könnte für Bayern selbstverständlich keine andere Haltung in Frage kommen als die unbedingte und entschlossene Abwehr.

In stundenlangem Aussprache beschäftigte sich am Mittwoch der Landtagsausschuss mit der Frage der Schutzhaft des Hg. Dr. Roth, der Exekutivmitglied dieses Ausschusses ist. Mit allgemeiner Entschloßung wurde davon Kenntnis genommen, daß dem Hg. Roth die sofortige Entlassung aus der Schutzhaft in Aussicht gestellt worden ist, wenn er eine ehrenwörtliche Verpflichtung unterschreibt, sich jeder Betätigung in den Kampfbündnissen zu enthalten, bis auf weiteres jede Betätigung in der Studentenschaft, in den Offiziers- und Vaterländischen Verbänden zu unterlassen, sowie alle Angriffe gegen die Regierung und die Herren v. Kahr, Lossow, Selzer einzustellen. Dr. Roth habe diese Zumutung abgelehnt. Ein Fraktionsmitglied des Reichstages stellte zum Schluß der Aussprache den Antrag, Dr. Roth als Exekutivmitglied des Ständigen Ausschusses sofort aus der Haft zu entlassen. — In der Sitzung am Donnerstag wurde der Antrag auf Festentlassung mit Stimmengleichheit abgelehnt.

## Anleihe für Notstandsmaßnahmen.

München, 28. November. Zur Ständigen Landtagsausschuss wurde eine Goldmarkanleihe in Höhe von 20 Mill. M. für produktive Notstandsmaßnahmen und Sicherung der Volksernährung genehmigt.

## Die Verfolgung der Kommunisten.

Berlin, 28. November. Die meisten bei den gestrigen Kommunistenkundgebungen Verhafteten werden nach Abschluß des heute begonnenen politischen Ermittlungsverfahrens dem Richter wegen Aufruhrs, Landesverrats und Verstoßes gegen die öffentliche Ordnung übergeben.

M. Berlin, 28. November. Auf Antrag des Geschäftsausschusses wurde vom Landtag die sofortige Festentlassung der Abgeordneten Frau Wolffstein beschloßen.



## Lösung der Tanagerfrage?

M. London, 28. November. Die Londoner Verhandlungen in der Tanagerfrage haben zu einem vorläufigen Abschluß geführt. Dieser Abschluß wird demnächst unterzeichnet werden.

Ueber die Lösung, die nach vorstehender Meldung gefunden worden sein soll, wird nichts Authentisches mitgeteilt. Vor wenigen Tagen bereits wurde von dem Verantwortlichen dieses Ereignisses berichtet, und zwar soll zur Verwaltung des für England, Frankreich und Spanien wichtigen Hafens ein Ausschuss gebildet werden, der sich zusammensetzt aus 15 Eingeborenen, halb Mohammedaner und Juden, und je 5 Vertretern Frankreichs, Englands und Spaniens. Entscheidend wäre nach dieser Darstellung, daß Frankreich die Finanzhoheit über diesen scheinbar autonomen Organismus erhalten soll. Es hat als Gegenleistung eine Anzahl Millionen Franken zur Verfügung für den Ausbau des Hafens zu stellen. Würde diese Lösung den Tatsachen entsprechen, dann würde das ein neuer außenpolitischer Erfolg Frankreichs sein, denn mit der Finanzhoheit wird allmählich auch die wirtschaftliche und die politische Hoheit folgen. Tanager ist eine unmittelbare Bedrohung Gibraltar, damit eine Gefahr für den lebenswichtigen Seeweg Englands, der durch das Mittelmeer nach Indien führt. Weiter wird dieser außenpolitische Erfolg Frankreichs sein Prestige bei den Regierungen Nordafrikas außerordentlich stärken, und das will nicht wenig bedeuten angesichts der Tatsache, daß sich in Nordafrika ein Kolonialreich unter der Herrschaft der Trikolore zusammenballt, das im Osten bedenklich nahe an die Kap-Kairo-Linie herangerückt ist.

Die vorstehende Meldung von dem Abschluß der Verhandlungen wurde gestern durch das Pariser Außenministerium demontiert, freilich in einer Form, die mehr einer Befestigung gleicht. Nach den französischen Darstellungen dürfte sich freilich eine andere Regelung ergeben. Es wird mitgeteilt, daß es Paris gelungen sei, Tanager der Souveränität des marokkanischen Sultans zu unterstellen, der andererseits wieder ein gefügiges Werkzeug Frankreichs ist.

Die französische Presse beschäftigt sich ernsthaft mit dem Besuch des spanischen Königs in Statten, der in diesen Tagen stattfand. Man knüpft daran die Folgerungen, daß Spanien und Italien dazu übergehen würden, ihre Position im Mittelmeer zu einer beherrschenden zu gestalten. Eine spanisch-italienische Entente in der Verfolgung der Mittelmeerfragen müßte naturgemäß die französischen Interessen im Mittelmeer erheblich beeinflussen, wie andererseits auch England derartige Verständigungen nicht widerspruchslos hinnehmen kann.

## Millerand gegen Poincaré?

M. Paris, 30. November. Der Kammerausschuss für auswärtige Angelegenheiten hat gestern eine Beratung abgehalten, in der die Politik Poincarés, wie in parlamentarischen Kreisen verurteilt, einer scharfen Kritik unterzogen worden ist. Man hört, daß Millerand gestern bei einem Empfang der Teilnehmer an dem Kongress der Union der Wirtschaftskreislaufvereine eine Rede gehalten hat, die als ein Vorstoß gegen Poincaré zu betrachten ist. Millerand betonte mit großer Energie, daß die französischen Wirtschaftskreise eine andere innere Politik wünschten, als die die Regierung gegenwärtig mache, und daß sie ein klares Programm für die Außenpolitik Frankreichs verlangten.

## Unehrlüche Koalitionsgenossen.

Aus Wien wird dem Soz. Parlamentsblatt geschrieben: Mit welcher Ehrlichkeit die Kommunisten ihre Politik der Einheitsfront betreiben, dafür haben sie schon in Thüringen noch nachträglich nach ihrem Ausschcheiden aus der Regierung ein krasses Beispiel geliefert. Bei dem schließlichen kommunistischen Landtagsabgeordneten Dr. Neubauer wurde bekanntlich ein Originalplan für eine Erstürmung der Kaserne der thüringischen Landespolizei zu Weimar vorgefunden, die zur Nachtzeit durch kommunistische Hundertschaften, die auch aus anderen thüringischen Städten herangezogen werden sollten, durchgeführt werden sollte. Dieser Plan sollte aller Wahrscheinlichkeit nach zur selben Zeit zur Ausführung kommen, in der die kommunistische Partei bereits eine Regierungskoalition mit der SPD eingegangen war. Die sozialdemokratischen Regierungsglieder und die republikanische Landespolizei wäre also das erste Objekt des kommunistischen Unternehmens geworden.

Der aufgedeckte Plan selbst gibt nicht nur einen genauen Aufriß von den einzelnen Gebäuden der Landespolizei-Kaserne, sondern enthält auch genaue Angaben, wofür die einzelnen Räume dienen, wo die Mannschaften bei Alarm liegen, wo die Waffen, die Munition, das Benzin, die Funkstation, das Telegraphenmaterial usw. untergebracht sind. Außerdem enthält der Plan die Einzelangaben der Posten, die von den kommunistischen Hundertschaften sofort nach dem Ueberfall ausgefüllt werden müssen, die einzelnen Eingänge und Einmarschorte, „wenn die Posten überzogen sind“, die Telefone, welche durchzufahren sind und welche Tore bei Nacht nicht besetzt sind. Auch das Gebäude, in dem sich das Ministerium des Innern und die Leitung der Landespolizei befindet, ist genau eingezeichnet, die Wohnung des Polizeichefs Müller-Brandenburg ist dabei besonders verzeichnet.

## Streikbeschuß der deutschen Kassenärzte.

SPD. Am Mittwoch hat der Verband der Ärzte Deutschlands beschlossen, in den Streik zu treten. Den Krankenkassen soll in Ausführung dieses Beschlusses für ihre Versicherungen zum 1. Dezember gekündigt werden. Der Streitpunkt ist die am 30. Oktober erlassene Verordnung über die Krankenhilfe. Nach § 1 dieser Verordnung können Ärzte strafflos entlassen werden, wenn sie gegen die Verwaltungsvorschriften verstoßen. § 2. B. wenn sie Kranke über die Zeit hinaus behandeln usw. Die Ärzte betrachten diese Bestimmung als Eingriff in die Arztfreiheit und Behinderung ihrer Tätigkeit. Das Reichsarbeitsministerium ist der Auffassung, daß die Verordnung vorläufig keine Gültigkeit hat, da jede Kündigung von dem Ueberwachungsausschuss, der sich aus Vertretern der Ärzte und Kassen und einem unparteiischen Obmann zusammensetzt und bei jedem Versicherungsamt gebildet wird, geprüft werden muß. Diese Ueberwachungsausschüsse sind aber bis jetzt noch nicht gebildet. Der Reichsarbeitsminister versucht, noch einmal zu vermittelnd, und hat für Donnerstag den Reichsausschuss, in dem Ärzte und Krankenkassen vertreten sind, zusammenberufen.

Der Reichspräsident hat am Donnerstagabend eine neue Verordnung erlassen, nach der die Verordnung vom 30. Oktober über die Krankenhilfe im Sinne der Richtlinien des Arbeitsministeriums geändert wird. Danach sind Kündigungen erst zulässig, wenn sich der Arzt wiederholt wichtiger Verletzungen seiner pflichtmäßigen Pflichten schuldig gemacht hat. Außerdem wird die Kündigung erst mit Entscheidung des Ueberwachungsausschusses wirksam. Die Befugnis der Krankenkassenvorstände, Richtlinien für die Ärzte nach Anhören von Sachverständigen festzusetzen, wird aufgehoben. Die anderen in der Verordnung vom 30. Oktober vorgesehenen Befugnisse können nach Errichtung des Ueberwachungsausschusses ausgeübt werden.

Der zur Beilegung des Konflikts zwischen Krankenkassen und Ärzten für Donnerstag einberufene Reichsausschuss konnte nicht zusammenkommen, weil die Vertreter der Ärzte nicht erschienen waren. Anwesend waren nur die Kassenvertreter. Es fanden Besprechungen mit der Regierung statt. Die Kassenvorstände erkannten die Richtlinien des Arbeitsministeriums an.

## Seecks Antwort an die Deutschhölischen.

Der Chef der Heeresleitung, General v. Seeck, hat auf die Reichswehr die Reichstagsabgeordneten Henning wegen des Verbots der Deutschhölischen Freikorps in einem Schreiben erwidert, in dem mitgeteilt wird, der Abgeordnete v. Graefe habe im Einverständnis mit Persönlichkeiten gehandelt, die die verfassungsmäßige Reichsregierung zu stützen versuchten. Er habe an einem Demonstrationstreffen der Umsturzpartei teilgenommen, der nach seinem eigenen Eingeständnis die Reichswehr auf die Seite seiner Partei bringen sollte. Er habe ferner in Deutschen Tageblättern ein Einverständnis mit dem Umsturzversuch ausgesprochen und an die Reichswehr eine Aufforderung zum Angehoram gerichtet. Ferner habe das Mitglied der Deutschhölischen Freikorps, Oberleutnant a. D. Kossbach, Angehörige der Infanterieschule in Mühlhausen zum Angehoram und Eidbruch verleitet. Aus diesen Gründen müsse das Verbot in vollem Umfange aufrechterhalten bleiben.

M. Berlin, 30. November. Der Vorsitzende der Vereinigten Vaterländischen Verbände, Abgeordneter Gelfer, hat die Führer der Organisationen aus dem ganzen Reich zu Sonnabend nach Berlin berufen, um eine Aussprache herbeizuführen, in der der Rücktritt des Reichspräsidenten gefordert werden soll.

## Regierungskrise in Oldenburg.

SPD. Oldenburg, 28. November. Der Austritt der Sozialdemokraten aus der Reichsregierung scheint für Oldenburg die schon lang akute Frage der Regierungsbildung aufzurollen. Nach den Wahlen im Juni d. J. blieb das Beamtenministerium, das nach dem Rücktritt des Koalitionscabinetts Tanzen gebildet worden war, weiterhin bis auf den heutigen Tag im Amt; denn die Bildung einer parlamentarischen Regierung scheiterte damals an der Deutschen Volkspartei, die, unterstützt durch das Zentrum, Forderungen für die Bildung einer großen Koalition an Stelle der kleinen erhob, obwohl sie in trassem Widerspruch stand zu dem Wahlergebnis selbst. Das weit rechts orientierte Zentrum weigerte sich seinerseits, an einer Regierung ohne Volkspartei teilzunehmen. Nunmehr haben unter dem Eindruck der Verhältnisse im Reich Landesvorstand und Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei einstimmig den Beschluß gefaßt, sich an einer Regierungsbildung zusammen mit Sozialdemokraten nicht mehr zu beteiligen. Es hat den Anschein, als ob daraufhin das Zentrum, das bisher mit der Volkspartei Hand in Hand Politik machte, umschwenkt und wieder Neigung verspürt zur Bildung der kleinen Koalition. Damit würde aller Wahrscheinlichkeit nach wieder ein Kabinett Tanzen entstehen.

## Die Gründung der rheinischen Goldnotenbank.

Paris, 20. November. Nach einer Meldung aus Brüssel hatte der Ministerpräsident Theunis, dem XX. Siecle zufolge, gestern mit Vertretern der Brüsseler Großbanken eine Unterredung über den Plan einer rheinischen Emmissionsbank. Die Organisation dieser Bank und die Abfassung des Statuts sollen heute in einer Konferenz zwischen deutschen, französischen, belgischen, holländischen und wahrscheintlich auch englischen Finanzleuten entweder in Bonn oder in Koblenz zur Sprache kommen. Das Kapital der Bank würde 8 Millionen Dollar betragen.

Gelsenkirchen, 29. November. Die Verhandlungen über ein wertbeständiges Geld für das besetzte Gebiet bis zur Errichtung der rheinischen Goldnotenbank sind abgeschlossen. Die rheinischen und westfälischen Landesbanken übernehmen die Ausgabe des Geldes. In drei Stufen des besetzten Gebiets werden Druckstellen errichtet. Die Landesbanken des besetzten Gebiets werden Druckstellen errichtet. Die restlichen 40 Prozent haben die Städte Wechsel zu liefern, für die das Reich wieder Goldanleihe gibt, so daß das Geld voll gedeckt sein wird.

## Empfindliche Strafe wegen Verweigerung der Papiermarkannahme.

Wie die Deutsche Kolonialwaren- und Lebensmittel-Rundschau meldet, ist in Frankfurt a. M. ein Drogist, der sich geweigert hatte, einem Kunden gegen Papiermark Petroleum abzugeben, mit der Begründung, er bekomme Ware nur gegen wertbeständiges Geld wieder, zu sechs Monaten Gefängnis und 10 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt worden. Das Gericht begründete das Urteil mit der abschreckenden Wirkung, die es haben sollte.

## Ein Polizeiwachmeister von Kommunisten erschossen.

Der Berliner Lokal-Anzeiger meldet aus Stuttgart, in einem Vorort Stuttgarts wurde der Polizeiwachmeister Thierisch, als er eine Verhaftung der Kommunisten auslösen wollte, erschossen. Der Täter ist flüchtig.

## Die Plättnergruppe vor dem Staatsgerichtshof.

In der Montagvorabendung gab der Verteidiger Henning eine Erklärung ab, wonach ihm kein Honorar für die Verteidigung von der Reichswehr gezahlt sei, so daß seine materielle Existenz in Frage gestellt sei. Er habe auch zu befürchten, daß ihm Verfolgung drohe infolge seiner Verteidigung. Er werde im Widerspruch ausführen müssen, daß nur durch illegale Methoden à la Plättner die Ziele der kommunistischen Partei verwirklicht werden könnten. Daraus leiste er aber zweifellos der kommunistischen Partei Vorbehalt, was durch den Militärbefehlshaber verboten sei. Er bitte deshalb den Gerichtshof, die Verteidigung für die Verurteilung niederzulassen. Der Vertreter der Reichsanwaltschaft widersprach diesem Antrag. Nachdem auch der zweite Verteidiger Dr. Döring sich dem Begehren angeschlossen hatte, beschloß der Staatsgerichtshof, mit dem Reichswahrmann in Verbindung zu treten, worauf die Verteidiger erklärten, daß sie zunächst ihre Funktionen weiter ausüben.

Die Vernehmung des Angeklagten Menzel ergab die Tatsache, daß dieser beim Bezirksgericht Eger wegen Raubmordes verurteilt wurde. Der Angeklagte bestritt, daß er einen Raubmord ausgeführt habe. Er schildert die Sache folgendermaßen: Er sei beauftragt gewesen, mit einem Gefreiten Zwanoff in der Tschescholowaker Expropriationen vorzunehmen. Sie hatten ihr Augenmerk auf einen Kassenboten eines industriellen Wertes gerichtet. Als sie ihn zu Gesicht bekommen, habe er (der Angeklagte) seine Schutzwaffe bereit machen wollen. Dabei sei wahrscheinlich ein Schuß losgegangen, der den Mann traf und seinen Tod herbeiführte. Das Geld, das dieser bei sich führte, sei an die Partei abgeliefert worden.

Dies wird die Verhandlung abgebrochen, weil einer der Beifitzer nach Berlin zum Reichswehrkommando fahren sollte.

Am Dienstagmorgen wurde mitgeteilt, daß General Seeck auf Veranlassung des Staatsgerichtshofs die Vernehmung abgeben habe, daß mit den Maßnahmen der Reichswehr die Tätigkeit des Staatsgerichtshofs nicht berührt werden solle. Danach wurden noch einige Angeklagte vernommen, u. a. das jetzt 19jährige Fräulein Ebert, das der Begünstigung und Helferei beschuldigt ist. Sie war beim Brandstiftung Raube erst 17 Jahre alt. Sie hat aber nach ihrem eigenen Geständnis Kenntnis von der Tat gehabt und Gelber aufbewahrt, die aus dem Raub stammten. Das Mädchen war im Bureau des obersten Aktionsausschusses gegen einen Wochenlohn von 250 Millionen angestellt. Auf besondere Fragen erklärten die Angeklagten, soweit sie organisierte Parteimitglieder waren, daß sie damit einverstanden seien, daß die Rampftätigkeit in der Weise fortgesetzt werde, bis die bürgerliche Gesellschaft gestürzt und die Diktatur des Proletariats aufgestellt sei. Einige der Angeklagten erklärten

auch, sie hätten mit den Revolutionsideen nichts zu tun. Diese Frage ist, wie der Vorsitzende erklärt, nur zu einem bestimmten Zweck gestellt, keinesfalls aber, um Material zur Verhängung von Schulhaft zu beschaffen. Am Mittwoch werden die Plättner beginnen.

Der Vertreter der Oberreichsanwaltschaft gibt in seinem Plädoyer zu, daß es sich teilweise um hochverräterische Taten der Angeklagten handle und um solche, die von den Angeklagten als hochverräterisch angesehen werden könnten. Die Plättner nach dem März 1921 fallen aber keinesfalls unter Hochverrat, wenn sie auch im wesentlichen aus politischen Gründen unternommen worden sind. Die Reichsanwaltschaft stehe auch heute noch auf dem Standpunkt, daß die Sache vors Schwurgericht gehöre. Das Innenministerium finde auf die Angeklagten keine Anwendung. Der Vertreter der Oberreichsanwaltschaft stellte folgende Strafanträge: Plättner 15 Jahre Zuchthaus, Hölzel 10 Jahre Zuchthaus, Lewandowski 8 Jahre Zuchthaus, Köpfer 10 Jahre Zuchthaus, Weisner 8 Jahre Zuchthaus, Krause 3 Jahre Gefängnis, Wolph 1 Jahr Gefängnis, Heß 3 Jahre Gefängnis, Fischer 9 Jahre Zuchthaus, Menzel 10 Jahre Zuchthaus, Rante 10 Jahre Zuchthaus, Richter 1 1/2 Jahre Zuchthaus, Frau Bielle Freispruch und Fräulein Ebert sechs Monate Gefängnis.

Nach einer Rechtsbelehrung durch den Vorsitzenden erklärt Plättner: Wir pfeifen auf das Urteil! worauf der Gerichtshof ihn wegen grober Ungehörigkeit vor Gericht zu der höchstzulässigen Strafe von drei Tagen Haft verurteilt.

Die Verteidiger Döring und Högewitz sehen sich dafür ein, daß die Taten der Angeklagten als revolutionäre zu betrachten und demgemäß als Hochverrat zu bestrafen seien. Das Urteil soll am Freitag mittag 1/2 Uhr verkündet werden.

## Sächsischer Landtag.

73. Sitzung.

Mittwoch, 28. November 1923, nachmittags 1 Uhr.

Die Aussprache über die Anträge und Anfragen wegen des Vorgehens der Reichswehr in Sachsen eröffnete

Abg. Kaufa (Dr. Sp.), dessen provozierende Ausführungen auf der linken Seite des Hauses wiederholt große Unruhe und Lärm auslösten. Nur das Militär kann in Sachsen die Ordnung wiederherstellen, wie wir sie brauchen. Wir freuen uns, daß die Reichswehr nach Sachsen gekommen ist, und wir beglücken sie. Wir haben vollstes Vertrauen zur Reichswehr, der letzten Stärke, die das deutsche Volk hat. (Bravo rechts, Lachen links.)

Abg. Dr. Schneider (D. Sp.): Was gestern von Ihnen vorgebracht worden ist, ist einseitiges und parteiliches Material. Die Reichswehr ist nach Sachsen gekommen, um Ordnung zu schaffen. Die Herrschaft des Terrors der proletarischen Hundertschaften war unerträglich. Seitdem die Reichswehr da ist, sind diese Dinge abgestellt, und bewegen sind wir der Reichswehr Dank schuldig. Die Kommunisten wissen ganz genau, daß es in Sachsen zum Bürgerkrieg kommen sollte, und diesen Plan hat die Reichswehr zunichte gemacht. Selbst wenn die Einzelsfälle von Uebergriffen drwischen sein sollten, bleiben es doch immer Einzelsfälle. Im ganzen ist das Auftreten der Reichswehr tabellos. (Von den Bänken der Kommunisten ertönen fortgesetzt Rufe wie: Verleumdung, Schuft und dergleichen. Auf der Rechten entsteht ungeheurer Lärm, so daß der Präsident die Hausruhe in Tätigkeit setzen muß.) Der Redner fortfahrend: Wir haben nicht mehr die Verhältnisse von 1919, wo die Truppe sich schließlich noch alles gefallen ließ. Die Reichswehr weiß, was sie von Ihnen (zu den Kommunisten) zu erwarten hat und das erklärt manches. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Dehne (Dem.): Uebergriffe sind, wenn sie vorgekommen sind, gleichwohl von wem, unbedingt zu ahnden. Was vorgebracht worden ist, ist doch zunächst nur einseitiges Material. (Zurufe links.) Von einer objektiven Untersuchung kann keine Rede sein, da der Beschuldigte, die Reichswehr, noch nicht gehört worden ist. Man beklagt, daß seit dem Einmarsch der Reichswehr in Sachsen 30 Tote zu verzeichnen sind. In Ruhland sind Tausende und aber Tausende von Menschenleben von der Volkswirtschaft hinterzogen worden. (Sehr wahr! bei den Demokraten.) Das Eingreifen der Reichswehr war notwendig, wir können aber nicht sagen, daß wir darüber Freude empfunden hätten. Der Tag, an dem die Reichswehr in Sachsen eintritt, wird nicht vergessen werden können. Der rote Terror darf nicht wiederkehren. Es müssen erst andre Sicherungen geschaffen werden, ehe die Reichswehr weg kann. Eine Vermehrung der Zahl der Polizeibeamten ist notwendig. Die Leitung der Staatspolizei muß in saubere Hände kommen. Wir werden den Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes ablehnen, dagegen dem Antrage auf Entschädigung der grandiosen Verluste zustimmen.

Abg. Müller, Leipzig (Soz.):

Wir bebauern, wenn früher Uebergriffe einzelner Personen vorgekommen sind, sie verfluchen aber gegenüber den Schwülstlichkeiten, mit denen gewisse Teile der Reichswehr unter dem Befehl der bürgerlichen Parteien gearbeitet haben. Die Heise ist nicht bloß gegen die Kommunisten inszeniert worden, sondern gegen die gesamte Arbeiterschaft überhaupt. Deutschhölische Tendenzen sind dabei unerkennbar. Der Redner bespricht dann noch eine Anzahl weiterer Fälle von Uebergriffen der Reichswehr, aus denen hervorgeht, daß es der Reichswehr nicht darauf ankommt, den Schwülstlichkeiten zu treffen, sondern daß Teile der Reichswehr aufgepöbelt sind, daß sie glauben, das Recht zu haben, ohne jeden Grund zu lästern, zu belästigen und zu beleidigen, und den Staatsbürger als vogelfrei behandeln zu können. Auf gemeine Demagogikungen von Dumpensehnen sind christliche Bürger mißhandelt worden, belästigt wegen des Verdachts, einer proletarischen Hundertschaft angehört zu haben.

Bei der Verhängung des Ausnahmezustandes hat selbst die Reichsregierung nicht zu behaupten gewagt, daß in Sachsen Ruhe und Ordnung nicht mehr gewährleistet sei. Der Ausnahmezustand wurde nur verhängt, um das böse Gewissen der Verantwortlichen zu entlasten. Daß es sich um eine ungeschickliche Maßnahme handelt, ist auch von dem einen Teil der bürgerlichen Presse anerkannt worden. Auf demselben Standpunkt stehen auch eine Anzahl juristischer Gutachten, die betonen vor allem, daß durch Art. 48 der Verfassung der Verfassungsbruch nicht gedeckt wird. In Sachsen war nichts vorzunehmen, was eine militärische Invasion in Sachsen und den Ausnahmezustand rechtfertigen kann. Unter dem Vorwande, gegen die Ungehörlichkeiten in Bayern vorgehen zu wollen, wurde in Sachsen und Thüringen die Reichswehr konzentriert.

Die vorgetragenen Fälle haben gezeigt, daß die Schuld nicht allein auf die Reichswehr fällt, sondern ein ebenso großer, wenn nicht noch größerer Teil auf den Teil der Bevölkerung, der seit der Revolution in ganz bestimmter Hinsicht Sachsen als eine Arbeiterzentrale hingestellt und dem Haß gegen die sozialdemokratische Regierung Ausbruch gegeben hat, indem in infamster Weise gegen Regierung, Parlament und die sächsische Bevölkerung gehandelt wird. Diese verbrecherische Heise verfolgte lediglich den Zweck, die Reichswehr gegen Sachsen aufzurufen, den roten mitteldeutschen Block zusammen zu machen, die Republik in Mitleidenschaft zu bringen und dann die monarchistische Herrschaft wieder aufzurichten. Die Reichsregierung war die Fortsetzung dieser Heise. Für die Grenzstellen der Reichswehr ist in erster Linie der Abg. Dr. Schneider verantwortlich zu machen, der täglich in Berlin verkehrt und dort Schauerwörter über die Zustände in Sachsen verbreitet hat. In Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß ein wirtschaftlicher Terror des Unternehmertums vorhanden ist, der die Arbeiterschaft aufs Platzer geworfen hat.

Wir hatten den Belagerungszustand für ungeschicklich und verhängen seine sofortige Aufhebung. Die Maßnahmen müssen nicht nur streng gehandelt werden, sondern es muß mit dem ganzen System gebrochen werden. Die sächsische Regierung ist sehr wohl in der Lage, selbst für Ordnung zu sorgen. Die Reichswehr hat sich auch Uebergriffe schuldig gemacht, wenn sie Beuante absieht, weil sie kein Vertrauen zu ihnen hat; denn es kommt doch nicht darauf an, ob die Reichswehr zu diesen Beamten Vertrauen hat, sondern darauf, daß Bevölkerung und Parlament zu ihnen Vertrauen haben.



Wenn die Reichswehr Weisheit hat, weiter in der bisherigen Weise zu verfahren, so besteht die größte Gefahr, daß die Autorität des demokratischen Staatsoberhauptes völlig untergraben wird. Der Reichserbkönig ist schließlich, dem Antrage der sozialdemokratischen Fraktion, das Reich moralisch und finanziell verantwortlich zu machen für das, was die Reichswehr in Sachsen angerichtet hat, zugestimmt.

Ministerpräsident Heßlich:  
In der Nacht zum 9. November habe ich vom Reichskanzler Dr. Stresemann ein Telegramm erhalten, in dem die sächsische Regierung um Hilfe gegen Bayern gebeten wurde. Eine Reichsregierung, die sich an die sächsische Regierung um Hilfe gegen Bayern wendet, hat nicht das Recht, zu behaupten, in Sachsen herrschen keine verfassungsmäßigen Zustände.

Nachdem dann noch Abg. Wötter (Komm.) eine einstündige Rede gehalten hatte, in der er auch von einer schwächlichen Haltung der jetzigen Regierung, die im Lager des Generals Müller stehe, fand ein Antrag auf Schluß der Debatte Annahme.

In einer persönlichen Mitteilung stellte Genosse Tempel gegenüber einer gegenseitigen Behauptung des Deutschlandtempel-Kaufmanns fest, daß die Reichswehr in Freiberg ohne jeden Anruf darauf auf die Menge geschossen und während des Beschießens der Opfer nicht nur alarmbereit gestanden, sondern auch Kanonen aufgeführt hat.

In der Abstimmung werden die Anträge auf Aufhebung des Belagerungszustandes und auf Entschädigung der Grundbesitzer angenommen; desgleichen die Anträge auf Herausgabe einer Denkschrift über die Vorgänge seit dem Einmarsch der Reichswehr in Sachsen und auf Einsetzung eines Untersuchungsauusschusses.  
Dafür stimmen die Linke, zum Teil auch die Demokraten.

Gegen die Stimmen der beiden Rechtsparteien wird auch der kommunalistische Antrag auf Herausgabe der von der Reichswehr im Landtagsgebäude beschlagnahmten Sachen.

Abends 6 Uhr wird dann der Antrag der drei bürgerlichen Fraktionen auf Ergänzung der Geschäftsordnung des Landtages angenommen.

Abg. Dr. Reinhold (Dem.) nimmt auf die Vorgänge der letzten Tage Bezug, die den Grund für den Antrag bilden. Dieser soll dem Präsidenten die Möglichkeit geben, die Ordnung und Würde des Hauses aufrechtzuerhalten.

Abg. Vieberath (Komm.) lehnt eine Abänderung der Geschäftsordnung ab.

Abg. Wünger (D. Vp.) erklärt, die Kommunisten seien selbst schuld an dem Antrage, der lediglich ein Akt der Notwehr sei.

Abg. Franz (Soz.) Wir stimmen der Ausschussberatung des Antrages Dehne zu. Wir bedauern das Verhalten des Präsidenten vollkommen. Tatsache ist, daß ein Teil der Teilnehmer, von dem es erfüllt über die gegenseitigen Beschimpfungen in diesem Hause, das sächsische Parlament verlassen hat. Wir lehnen den Klassenkampf durch Schimpferien ab. Von den Arbeitern, die Zeugen derartiger Szenen gewesen sind, werden zweifellos diese Dinge nicht verstanden werden. Die Arbeiten des Parlaments müssen so gefördert werden, daß sie zum Nutzen der Bevölkerung ausfallen.

Es wird darauf Ausschussberatung beschlossen.  
Die Anberaumung der nächsten Sitzung wird dem Präsidenten überlassen.

#### 4. Quittung.

Für die Kosten der Gemeinderatsarbeiten gingen ein: Reinhardt 1010 Mill., 4585; Wahren 28250 Mill., Ungenannt 50 Millarden, Schramm 100 Millarden, Vieberath Mansfeld 855 Mill., 4167; Teichmann 5785500000, 4167; Schön 942 Mill., 4843; Weich 505 Mill., 4289; Gem.-Verw. Dösch-Martkeberg 8 Millarden, Tellerjamm.

6. 11. Joo. 118400 Mill., 4163-4636; Monitor und Expedition 613 Konium 2-Blaumilch 730700 Mill., Damm 11 Millarden, 4244; Bauhütte 30200 Mill., 4531 und 4532; Gaswerk I 28440 Mill., 4243; 64 Mill., 4233, 4254 und 4687; Transport der Konium, 2-Blaumilch 40857 Mill., 4375; Konium-Werk 115300, Vite Kothel 85 Millarden, 4230; 10 Millarden 4501; 1582 Mill., Rona 1 Millard., 4042; Gutberlet & Co 102840 Mill., 4466-4469; Druckerlei Bernh., Kemer 317500 Mill., 4. 8. 16 Millarden 4677; Konium Konium, 2-Blaumilch 100 Millarden 4078; Konium St. Georg 200 Millard., 4043; V-Oil 1025 Mill., Gartenberonal St. Georg 200 Millard., Modau 640 Mill., 4137; Althen 15 Millarden 4430; Widmarsdorf 120 Mill., 4160; Thonberg 223 Mill., 4162; Thonberg 2120 Mill., 4175; Thonberg 1535 Mill., 4246; Engelsdorf, Werkstätten 2230 Mill., 4241; Schloßerei, Maschinen Konium 2-B 2375 Mill., Gemeindebeamte Engelsdorf 600 Millard., 4224 u 4225; Wadma 16513 Mill., 4. Gehler Co 200 Millard., Leubitz 5 Millard., 4. 5 75 Millard., Zimmer 13 7500 Mill., Verw.-Beamte I. Volkseigenes 108 Millard., Zimmer 13 2200 Mill., 4046 und 4047; Spanische Buchdruckerei und Sekerei 3239 Millard., 6 Braun 70 Millard., 4055; 101 165 Mill., 4240; 110 Millarden, 4105; Konium, Viti. Modau (außer der Wäderei) 575 Millarden R. 5. 309500 Mill., 4059; 11 107 Mill., 4684; 1901 Mill., 4801; 2648 Mill., 4606; 2400 Mill., C. r. u. s.

### Von Nah und Fern.

Bei einem Rettungsversuch ertrunken.  
TIL. 28. November. Am Sonntag sprang von der Hohensoßerbühne ein Mädchen in den Rhein. Ein britischer Soldat, veruchte das Mädchen zu retten, wobei beide Verloren ertrunken sind.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:  
Walter Freitag in Leipzig.  
Verantwortlich für den Inseratenteil:  
Hugo Schpland in Leipzig.  
Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft, Leipzig.  
Diese Nummer umfasst 6 Seiten.

**Neues Theater.**  
Singspiel (Nachdruck verboten) 21416  
Bretel, den 30. November 1923  
Kassenkassier: Vorkassier  
zugleich Kassier-Vorkassier für den Gemein-  
schaftsbund der Angehörigen  
**Abende.**  
Oper in 2 Akten  
Zählung von Schiller und Zeitliche,  
Mitt. von E. von Breiten.  
Musikalische Leitung: Paul Weller.  
Bühnenleitung: Walter Dösch.  
Leipziger Singspielensemble.  
Einfach 8 Uhr, Anfang 7 Uhr, Ende 9 Uhr, 11 Uhr.  
Sonntag, den 1. Dezember: 107. Vorkassier-  
Vorstellung (A. Folge 2. Teil): Der Troubadour.  
Anfang 7 Uhr

**Altes Theater.**  
Nicht-Wagner-Oper (Nachdruck verboten) 21416  
Bretel, den 30. November 1923  
**Jugendfreunde.**  
Zählung in 4 Akten von Ludwig Gulda.  
An Szene geleitet von Karl Götze.  
Personen: Dr. Bruno Hartmann (Vater), Dr. Götze (Mutter);  
Ulrich Winkler, Musikschüler (G. Götze);  
Actina Gogdorn, Wäcker (G. Götze); Waldemar  
Scholz, Zahnarzt (G. Götze); Rosa Lena (Wirt.  
Dito); Annette Gledert (W. Wäcker); Toni Seiden-  
berger (W. Wäcker); Albrecht Verlach (W. Wäcker);  
Gretchen, Diener (G. Götze).  
Spiel in der Villa des Dr. Hartmann in einem  
weltlich angelegten Haus in Berlin.  
Anfang 7 Uhr, auf 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr, 11 Uhr.  
Sonntag, den 1. Dezember: Zum 1. Male.  
Wien: Der Oberst. Anfang 7 Uhr

**Neues Operellen-Theater.**  
Singspiel (Nachdruck verboten) 21416  
Bretel, den 30. November 1923  
Bestellung für den Singspielverein Deutscher  
Kassier  
Anfang 7 Uhr

**LICHTSCHE CHÖRE.**  
Sonntag, den 2. Dezember 1923  
vormittags 11 Uhr:  
**1. Konzert in der Alberthalle**  
**G. F. Händel: Acis u. Galatea**  
Oratorium für stimmigen Chor, Soli,  
Orchester, Cembalo (Füßel: J. Blüthner)  
und Orgel.  
Mitwirkende: Frau Iso-Helling-Rosen-  
thal (Sopran), Herr Dr. Wolfgang Rosenthal  
(Bass), Herr Anton M. Topitz (Tenor), Herr  
Rudolf Opitz (Cembalo), Herr Friedrich  
Högner (Orgel), Leipziger Symphonie-  
Orchester (verstärkt durch Mitglieder des  
Gewandhaus-Orchesters).  
Leitung: B. Licht.  
Eintrittskarten und Texte an der Kasse.

**Panorama-Künstlerspiele.**  
Heute  
Sonder-Abend zu Gunsten der  
Armenspeisungen d. Heilsarmee  
- Curth-Fix-Orchester -  
Leitung: Kapellmeister Arno Fix  
Mitwirkende:  
Maria Janowska / Elise Schulz-  
Dornburg / Nora Nikisch / Kam-  
mermusiker Soomer / Osk. Labner  
Erich Zimmermann / Albert  
Weißer / Konzertmstr. Mahnecke  
Therese Wiet / Rudl. Gallier.  
Am Rönisch Friedbert-Sammer.

**Film-Palast**  
L. Gunderser Str. 31. - Ab 30. 11.  
Der einfach prächtvolle Fox-Film  
**Mutter**  
Quvertüre - Prolog.  
Das vorzügliche Belprogramm.  
Sonntag 3 Uhr: „Mutter“ für Kinder.  
**Luna Lichtspiele**  
Ratr. Schiebestr.  
Der schönste aller Zirkus-Filme:  
**Zwischen Flammen  
und Bestien.**  
Kauft Mariett-Aktien.

**Sichtspiele**  
**Pegauerstr.**  
CONNEWITZ  
GROSSER SAAL  
Freitag bis Montag  
**Mit Stanley**  
Im dunkelsten Afrika.  
(6. Episode - Schluß).  
Durch Nacht zum Licht.  
8 spannende Akte.  
**Fatty als Don Juan.**  
2 tolle Akte, sowie:  
**Wiederwachen.**  
Filmroman in 4 Akten.  
Voranzeige! Ab Freitag:  
**Jackie Coogan „My Boy“**  
und **Elmo Lincoln.**

**Leipziger Schauspielhaus.**  
Singspiel (Nachdruck verboten) 21416  
Bretel, den 30. November, abends 7 Uhr  
**Wenn der junge Wein blüht.**  
Zählung in 3 Akten von Eduard Schöndorf.  
An Szene geleitet von Hans Peter Schindler.  
Personen: Wilhelm West (Herr West); Frau  
West (G. West); Anna, Wilhelms, Bräute,  
Ihre Diener (G. West, G. West, G. West);  
Wolff (G. West); Frau Wolff (G. West);  
Wolffs, seine Tochter (G. West); Frau Zieming  
(G. West); Wanda (G. West); Hedra (Herr  
West); Wanda (G. West); Maria (G. West);  
Ein Diener (Herr West).  
Anfang nach dem 1. Akt.  
Einfach 8 Uhr, Anfang 7 Uhr, Ende 10 Uhr.  
Sonntag, den 1. Dezember, abends 7 Uhr:  
Neu einstudiert: **Rabate und Liebe.**  
Sonntag, den 2. Dezember, vorm. 11 Uhr:  
Bestellung für die Fortbildungsklasse G.-Ch.;  
Zurück: nachm. 7 Uhr: Bestellung für den  
Singspielverein: **Zurück: abends 7 Uhr;**  
Gauls Räter.

**Kleines Theater.**  
Bretel 12304, Eitelstraße 42, Gem. 12300  
Täglich abends 7 Uhr  
**Gastspiel Emil Kamelet**  
**Der Baum**  
Anfang in 8 Akten von Eduard Ansohn

**Weihnachts-Verkauf**  
unseres Versandgeschäftes.  
Wir stellen besonders billig zum Verkauf:  
**Damenkonfektion**  
Mäntel  
Kleider  
Röcke  
Blusen  
**Mey & Edlich**  
Abteilung Einzelverkauf  
Nonnenstraße 16/18, Erdgeschoß.

**Leuna-Notgeld**  
Wir kündigen hiermit unsere im Verkehr be-  
findlichen **Gutscheine über**  
**100 und 500 Millarden und**  
**1 Billion Mark**  
zur Einlösung bis Ende Dezember 1923. Nach  
Ablauf dieses Termins verlieren die Scheine ihre  
Gültigkeit.  
Die Einlösung erfolgt bei den auf der Rück-  
seite der Scheine angeführten Stellen.  
Ausdrücklich sei darauf hingewiesen, daß bis  
zum 31. Dezember 1923 die vorgenannten Scheine  
unbedenklich im Verkehr bleiben können. Wir  
bitte die Behörden und Geschäftskreise, bis da-  
hin das Zahlungsmittel anzunehmen.  
Nach dem 31. Dezember sind dann nur noch  
unsere **wertbeständigen** Notgeldscheine über  
 $\frac{1}{10}$  Dollar = 42 Goldpfennige umlaufsfähig.  
**Leuna-Werke**, im November 1923.  
**Ammoniakwerk Merseburg**  
Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

**Weisse Wand**  
Lichtspiele  
Teucher Str. 1 Min. v. Crystalpalast.  
Heute bis Sonntag, ab 4 Uhr:  
Das überall vor täglich ausver-  
kauften Häusern vorgeführte  
spannende Episoden-Filmwerk in  
**5 Tellen - 28 Akten**  
**Der Graf von Monte Christo**  
Nach dem weltberühmten Roman  
von Alexander Dumas.  
Heute I. Teil:  
**Das Geheimnis eines Sträflings**  
6 fabelhafte Akte  
**Ab Montag folgt der II. Teil.**  
Außerdem:  
**Fatty und Er**

**Ämtliche Bekanntmachung.**  
Unter Bezug auf die Veröffentlichung vom 27. November machen wir  
bekannt, daß bei einem Teil unserer Notgeldscheine zu 1 Goldmark **weisses**  
**Papier** mit noch zwei anderen Wasserzeichen verwendet wird; diese Wasser-  
zeichen stellen dar:  
1. einen Stern im Wästel und  
2. ein verflügeltes Monogram G. S.  
Leipzig, am 29. November 1923.  
**Neamt für die Mustermessen in Leipzig.**  
Der Vorstand: Dr. Raimund Köhler.

Gegen die am 4. Februar 1879 in  
Naumburg (Quer) geborene, in Leipzig  
Connewitz, Weßhauerstraße 23, wohn-  
hafte **Baderochestrau**  
**Sulda Emma Hedwig Scholz**  
geb. Wrasidlo  
ist durch rechtskräftigen Strafbefehl des  
Bürgergerichts Leipzig vom 28. 10. 1923  
wegen Preiswuchers mit Markenbrot  
eine **Gefängnisstrafe von einer Woche**  
und ein **Geldstrafe von 50 Milliarden**  
Markt, nebensächlich 5 Tage Gefängnis,  
festgelegt worden.  
Staatsanwaltschaft Leipzig, 27. 11. 1923.

**Billige Woche!**  
Einheitspreise 4.50 u. 6.50 Mk.  
in  
**Herren-Wäsche**  
**Tuch- u. Arbeitshosen**  
Knaben-Anzügen, Mänteln  
Strickjacken, Herbstjoppen  
Schlösser-Anzügen, Berufsmänteln  
Fitz- und Hauschuhen  
**Wilh. Lukowski**  
Berufsbekleidung  
**Gohlis, Hallische Str. 165**

**Billige Spirituosen**  
per Liter lose Ware in Gold-Mark  
**Weinbrand-Verschnitt 2.50**  
**Rum Facon, 40proz. . . . 3.00**  
**Nordhäuser-Branntw. 2.30**  
Feiner **Cherry Brandy 4.00**  
35proz.  
**Flaschenware billigst**  
**Wilhelm Horn, Leipzig**  
Johannispl. 15, gegenüber d. Freibank  
Telephon 18840

**Kausfrauen! Achtung!**  
**Geschäfts-Eröffnung.**  
Meiner werten Kundschaft im Süden  
zur gefälligen Kenntnis, daß ich  
**Ede Hanserle u. Schornhorststraße**  
eine **Filiale** eröffnet habe  
Spezialität: **Schweinsöpfe. Spec.**  
Zeit, **Margarine** und dergl.  
Um weiteren geneigten Zutritt bittet  
Dachstuhlsgewölbe  
**Adolf Maushart**  
Städtische Markthalle, Stand 105.  
**Leser der Volkszeitung**  
besucht euch bei Einkäufen auf  
die Inserate in eurer Zeitung

**Metallarbeiter.**  
Sonntag, den 1. Dezember 1923  
vormittags  $\frac{1}{10}$  10 Uhr  
**Bersammlung**  
in folgenden Lokalen:  
**Westen:** Schwarzer Jäger, Leusch  
Mägdehlers Festsäle, Kleinisch,  
Felsenkeller, Plagwitz  
**Osten:** Albertgarten, Anger  
Grüne Schänke, Anger  
Gasthof Eilitz  
**Norden:** Sojenschlößchen, Cuirisch  
Anker, Möckern  
**Zentrum:** Volkshaus  
Zutritt nur gegen Verbandsbuch. Die Ortsverwaltung.

**Metallarbeiter-Verband**  
Tel. 70411, Reiterstraße 32, L. Tel. 71231  
Verbandszeitung: Täglich 9-12 Uhr  
Montag, Donnerstag, Freitag nachm. 4-11 Uhr

**Metallbrüder.** Sonntag, den 1. De-  
zember 1923, abends  
5 Uhr, **Versammlung** im Volkshaus.

**Kleiner Anzeiger**  
**1 Posten**  
Damenmäntel  
Kleider  
Blusen  
auch auf Teilzahl.  
**Weigler**  
Windmühlstraße 31.  
**Aufwartung**  
2-3 mal wöchentl.  
auch für die Wäsche,  
in einfachem Haus-  
halt sofort geludt.  
Karlstraße 14. part.

Wir sind wieder in der Lage  
**Herren-Konfektion**  
auf Teilzahlung zu verkaufen  
Mäntel v. 17.4 an Burschenanzüge v. 12.4 an  
**Miesso & Galtzsch, Burgstr. 16, L.**  
Firma, Leim, Benzol, etc.  
Wolltehr. 80, L. L.  
Legen bei An-  
zahl, zurück.  
Moderne  
**Damen-**  
Mäntel  
Kleider  
Röcke  
Blusen  
Jumper  
Hüte  
sehr billig.  
**Liebau**  
Reißplatz 8, L.

**Serren- und**  
**Burschen-**  
**Anzüge**  
Winterjacken,  
Windjacken,  
Gummimäntel,  
Joppen und  
Gewandrock Teilzah-  
lung und gleichzeitige  
Lieferung der Ware.  
**Feldschuh**  
Peterssteinweg 21.

**Achtung!**  
Verkauf von In-  
dustriemilch  
**Petroleum**  
Mozartstr. 13, Vari.

**Gold, Silber,**  
**Brillan., Glasse**  
kt. Hans Dinkel,  
Vromenadenstr. 25.  
**Diverses**  
**Fahrad-**  
**Bermüdung**  
untere Spezialität,  
Schnelle und billige  
Bedienung.  
Beder & Wollerhoff,  
L.-Anger, Spichernstr. 7,  
Tel. 69 426, 7.  
Telephon 61675.

**Familien-Nachrichten**  
Nach kurzem Krankenlager ver-  
schied am 27. November 1923, nach  
1 1/2 Jahre altlicher Ehe, in lieber  
guter Mann, der treulovende Vater  
seines Kindes, Sohn, Schmiedemeister,  
Bruder, Schwager und Onkel  
**Herr Hermann Pünder**  
in seinem 85. Lebensjahre.  
L. Leusch, am 29. 11. 1923  
In tiefer Trauer  
**Hedwig Pünder geb. Lango**  
nebst allen Angehörigen.  
Beerdigung Sonntag 2 Uhr von  
der Kapelle des Friedhofes Leusch.

Am 4. November 23 übergeben  
wir die irdischen Reste unsers lieben  
Freundes und Kollegen, des Drebers  
**Reinhold Metke**  
der helligen Flamme. In dem Ver-  
körbenen verliert die Arbeiterkassette  
einen edlen und tapferen Kämpfer.  
Wir werden seiner stets gedenken  
und in seinem Geiste fortwirken.  
Die Arbeiterkassette des Eisenbahnbetriebswerks 11. Station Wahren



Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 30. November.

BSPD. Groß-Leipzig.

Wo ruft die Pflicht?

Funktionäre.

Inger Genossen und Genossinnen. Sonntag vormittag: 10 Uhr im Zimmer 5, Volkshaus.

Wohlfahrtspflege.

Distriktsvorsteher und Bezirksvertreter der BSPD. Morgen nachmittag 5 Uhr im Speisesaal der Leipziger Volkszeitung.

Jugend.

SWJ. Groß-Leipzig. Ortsgruppenleitung morgen abend 8 Uhr im Volkshaus, Zimmer 7. Jeder muß kommen, auch die Neugewählten.

Frauen.

Connemih. Montag, den 3. Dezember, abends 1/8 Uhr, in der Bibliothek, Döllher Straße 18, Heitere Rezitationen.

WSJ.

Funktionärkursus fällt heute aus. Gewandhauskonzert. Heute abend 8 Uhr. Nachzahlung: Für Anrechtler 1 Mark; für Nichtanrechtler 1.50 Mark. Karten an der Kasse 50 Pfennig mehr. Sonntagabende. 9.15 Uhr Führung durch die Stadt. Genosse Lindemann. Treffpunkt: Alte Handelsbörse.

Mitglieder-Versammlungen der BSPD. Groß-Leipzig

Diebstahlwolk. Heute abend 8 Uhr im Wilhelmienkist. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Wichtig.

Parteibeitrag im Bezirk Leipzig.

Der Parteibeitrag beträgt für die männl. Mittgl. weibl. Mittgl. 49. Woche 2.-8. Dezember 100 000 000 000 Mfr. 30 000 000 000 Mfr. 48. Woche 25. Nov. bis 1. Dez. 105 000 000 000 Mfr. 35 000 000 000 Mfr. 47. Woche, 18.-24. November 65 000 000 000 Mfr. 20 000 000 000 Mfr. 46. Woche, 11.-17. November 15 000 000 000 Mfr. 5 000 000 000 Mfr. Arbeitslose und Kurzarbeiter zahlen den Beitrag für weibliche Mitglieder, und zwar wöchentlich. Es wird erwartet, daß unsere Parteimitglieder die Beiträge, soweit dies möglich ist, in wertbeständigem Geld entrichten. Bezirksvorstand der BSPD. Leipzig.

Metallarbeiterausperrung und städtische Fürsorge.

Lohnkämpfe können nicht mit städtischen Mitteln ausgefochten werden. Das ist eine Binsenwahrheit, die von allen Seiten anerkannt wird. Die ausgesperrten Metallarbeiter befinden sich aber nicht mehr in einem Kampfe um die Festsetzung des Lohnsatzes. Der ist geschlossen durch den Schlichterspruch, der von der Behörde als verbindlich erklärt wurde. Die Metallarbeiter haben sich diesem Spruch unterworfen und sind bereit, zu dem Tarifsatz von 50 Goldpfennig zu arbeiten. Die Ausperrung hat also den Zweck, die Arbeiter zu zwingen, unter Tarif zu arbeiten. Die Metallarbeiter werden aber auch von der Erwerbslosenunterstützung ausgesperrt und stellen nun mit vollem Recht die Forderung auf Fürsorgeunterstützung aus öffentlichen Mitteln. Die muß ihnen gewährt werden, da man sie ihnen nicht mit dem Hinweis verweigern kann, unter den auch von den Behörden als recht und billig und nunmehr als gewerbeüblich anerkannten Bedingungen zu arbeiten. Auf diesem Prinzip sind auch die öffentlichen Arbeitsnachweise aufgebaut, die nur zu tariflichen Bedingungen vermitteln. Sogar die Fürsorge ist den Bedürftigen mit Recht verweigert worden, die zu untarifmäßigen Sätzen arbeiten.

Das Fürsorgeamt hat in einem Rundschreiben an die Distrikte am 30. Oktober diesen Standpunkt nicht eingenommen. Es hat erklärt, nach der städtischen Armenverordnung solle die öffentliche Fürsorge darauf sehen, daß der arbeitsfähige Bedürftige, soweit er es vermag, zur Tätigkeit und zu möglichst eigenem Erwerb der unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse genötigt oder mit den dazu erforderlichen Mitteln versehen werde. In Fällen höchster Not — wenn z. B. infolge von Erkrankungen Erkrankungen unmittelbar zu befürchten sind — kann jedoch an Frau und Kinder die zur Anwendung solcher Gefahren erforderliche Unterstützung in der unbedingt notwendigen Höhe gewährt werden. Dem streitenden Ehemann für sich darf jedoch in keinem Falle Unterstützung bewilligt werden. Am 26. November erließ das Fürsorgeamt ein weiteres Rundschreiben an die Distrikte, in dem es ausdrücklich die Anwendung dieser Vorschriften auf die von den Metallindustriellen ausgesperrten forderte. Daraufhin wurde in der Sitzung des Armendirektoriums vom 27. November der unsern Genossen gefordert, daß auch die ausgesperrten selbst, die Familienmitglieder und die ledigen — nicht nur die Angehörigen — zu unterstützen seien, wenn sie sich in Not befinden. Das wurde auch beschlossen. Trotzdem erließ am anderen Tage das Fürsorgeamt ein Rundschreiben, daß „in der Erwägung, daß Streikende und Aussperrte

nicht als Arme im Sinne der städtischen Armenverordnung gelten können und die städtische Fürsorge bei Unterstützung von Streikenden und Aussperrten zum Erliegen kommen würde, beschloßen worden sei, an Streikende und Aussperrte Unterstützung überhaupt nicht mehr zu gewähren“. Die Distrikte wurden gebeten, Streikende und Aussperrten und ihren Familien Unterstützung nicht mehr zu bewilligen. (Im Original hervorgehoben.)

Das war also das direkte Gegenteil des Beschlusses des Armendirektoriums und hob sogar die früher gegebenen Anordnungen über die Unterstützung in Notlage befindlicher Familienangehöriger auf. Es stellte einfach die Metallarbeiter vor die Wahl, Tarifstreiker zu werden oder mit Frau und Kindern zu verhungern. Es war unter Mißachtung der tatsächlichen Rechtslage eine Begünstigung der Metallindustriellen.

Soweit finanzielle Schwierigkeiten mit im Spiel waren (siehe die Ausführungen des Bürgermeisters Dr. Kubitz in der Verlesung der Winterhilfe), durften doch nicht die Ausperrung unterstützungsberechtigt Gewordene prinzipiell ausgeschlossen werden. Man hätte die vorhandenen Mittel auf alle Bedürftigen verteilen müssen, wenn man nicht mehr Mühe machen konnte. Natürlich wären dadurch die regelmäßige Unterstützung schwer geschädigt worden, aber es ist völlig unmöglich, die Aussperrten verhungern zu lassen. Sie sind auch von den Stadtverordneten als in Not befindlich und unterstützungsberechtigt anerkannt worden.

Wir schreiben diese Zeilen nicht, um die Empörung der Metallarbeiter und die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von den wahren Schuldigen — den Metallindustriellen — auf das Fürsorgeamt und den Rat abzulenken. Wir kennen die furchtbare Finanznot der Stadt und die großen Schwierigkeiten, in die das Fürsorgeamt durch die plötzliche Verdreifachung der Zahl der Unterstützungspolier geraten ist. Aber wir verwahren uns mit aller Entschiedenheit dagegen, daß man plötzlich jede Unterstützung einer bestimmten Kategorie Bedürftiger sperrt, die so gut wie alle anderen Unterstützungsberechtigten Anspruch darauf haben.

Es liegt im wohlverstandenen Interesse der Stadt, daß der Rat die Beschlüsse des Fürsorgeamts sofort einer Korrektur unterzieht, will er sich nicht dem Verdacht der Begünstigung der Industriellen aussetzen und in schwere Konflikte mit der Gesamtbevölkerung geraten.

Wie wir soeben bei Redaktionsbesprechungen hören, hat der Rat in seiner heutigen Plenarsitzung es abgelehnt, den Beschlüssen der Stadtverordneten beizutreten und die ausgesperrten Metallarbeiter weiter aus Fürsorgegeldern zu unterstützen.

Ein Verbot der Hausbesitzer.

Der Verband der Hausbesitzer-Bereine Leipzigs erklärt: „Am den Mietern bei der Geringfügigkeit der amtlichen Mietfestsetzung für Dezember Nachzahlungen für Betriebskosten im Anfang des Monats zu erparieren, sehen sich die Hausbesitzer Leipzigs genötigt, das Dreifache der amtlichen Sätze, also 18 Prozent der Grundmiete nach dem amtlichen Goldmarktsatz vom 24. November (1 Goldmark = 1 Billion Papiermark), einzubehalten. Der Mehrbetrag wird auf Betriebskosten verwendet.“

Hierzu ist zu bemerken, daß die Mieter am 1. Dezember nur verpflichtet sind, die gesetzliche Miete zu bezahlen. Die beträgt auf 100 Mark Grundmiete 60 Goldpfennige gleich 600 Milliarden Papiermark. Reichen die Einnahmen zur Deckung der Kosten nicht, so sind auf Grund der vom Mieterat nachgeprüften Abrechnungen und auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen Nachzahlungen zu leisten. Solange diese Gesetze bestehen, haben die Hausbesitzer kein Recht, vom Mieter sofort das Dreifache der amtlichen Sätze zu verlangen. Die Behörden sollten diesen Übergriff gebührend zurückweisen. Der Verband der Hausbesitzer-Bereine spricht von einer Geringfügigkeit der amtlichen Sätze. Die Not ist aber in Leipzig so groß, daß viele diese Sätze nicht zahlen können.

Die Winterhilfe.

Die Winterhilfe ist ein Hilfswerk privater Wohlfahrtspflege, das sich nicht zum Ziel gesetzt hat, die Ursachen der Not zu erforschen und zu beseitigen, sondern nur nach Kräften zur Linderung der vorhandenen Not beizutragen. Deshalb unterließ in der gestrigen Verlesung der Winterhilfe auch der Redner, Reichsgerichtspräsident Simons, jede Kritik an unzureichend geklärteten Zuständen. Er ließ das heiße Eisen liegen und forderte mit den üblichen Redensarten zur Hilfe auf. Es ist der Winterhilfe bisher gelungen, rund 1000 Kinder täglich zu speisen, Mittagstische für Kleinkinder zu errichten und sonstige Unterstützungen zu schaffen, die den guten Willen hilfsbereiter Menschenfreunde zeigen, aber bei dem Mangel an Geld wie ein Tropfen auf den heißen Stein wirken. Da mißt sich eine Anzahl bürgerlicher Wohltäter ab, einen Teil des bittersten Elends zu mildern, und im gleichen Moment überläßt eine Handvoll Metallindustrieller um des Profits willen 15 000 Metallarbeiter — mit ihren Angehörigen rund 50 000 Menschen — dem Hunger und der Verzweiflung. Da nicht auch der dringende Appell nichts, den Bürgermeister Dr. Kubitz gestern an die Verlesenen richtete, die Bevölkerung möge der privaten Wohltätigkeit zur Verfügung stellen, was sie nur könne. Bei der Unterstützung der Metallarbeiter verlagte nicht nur der Verwaltungsausschuß der städtischen Fürsorge, der auf 8-10 000 Personen eingestellt sei und nun plötzlich 15-20 000 Personen mehr

unterstützen sollte, sondern auch die finanziellen Mittel der Stadt reichten nicht zu. Es sei der Stadtkasse unmöglich, die für die städtische Fürsorge allein in dieser Woche angeforderte Summe von 140 000 Millionen aufzubringen, da die Stadt gar nicht die Möglichkeit habe, die für solche Ausgaben notwendigen Steuern zu erheben.

Nichts bescheidet schärfer als diese Ausführungen das Verbrechen der Metallindustriellen, die ihre Arbeiter ausperren, obgleich sie bereit sind, für nur 50 Goldpfennige — die einen Friedenslohnwert von kaum 25 Pfennig haben! — zu arbeiten. Der Arbeiterlohn ist nicht mit den mageren Ergebnissen noch so gutgemeint bürgerlicher Wohltätigkeit gehalten. Sie muß das tun, was das Bürgertum ängstlich vermeidet, nämlich als die wahre Ursache der Not die privatkapitalistische Ausbeutung feststellen und im nächstbesten Klassenkampf ihre Beseitigung herbeiführen.

Neues über das Handelskammer-Notgeld. Die Handelskammer schreibt uns: Da die Beseitigung der deutschen Wirtschaft mit genügend wertbeständigen Zahlungsmitteln insbesondere mit der vielbesprochenen und lange erwarteten Rentenmark leider sehr viel zu wünschen übrig läßt und dadurch das Preischaos ein immer größeres wird (Steigen der Goldpreise wegen starker Reparierungen und begrenzten Hantierens des in ungenügender Menge vorhandenen Goldes), hat sich — wie aus dem amtlichen Teil dieses Blattes ersichtlich — die hiesige Handelskammer entschlossen, im Einverständnis mit dem Reichsfinanzministerium die Herausgabe ihres Notgeldes fortzusetzen. Dabei wurde dem besonders dringenden Wunsche nach kleinen Stücken (10 und 20 Pfennig-Scheinen) bevorzugt Rechnung getragen. Die dadurch entstehenden Mehrkosten machten allerdings eine kleine Erhöhung des Abzuges auf 5 Prozent erforderlich, die jedoch von der Wirtschaft gewiß gern in Kauf genommen werden dürfte. Ferner hat sich nunmehr auch die Postverwaltung offiziell bereit erklärt, das Handelskammer-Notgeld an allen ihren Kassen in Zahlung zu nehmen. Um den Verwendungsbereich möglichst zu erweitern, ist die Handelskammer mit der Sächsischen Staatsbank, die ja an allen größeren Orten Filialen unterhält, in Verbindung getreten. Auch mit anderen Stellen Absprachen betr. Auswechslung bereits verhandlungen. Die Ausgabebedingungen sind die gleichen geblieben (Goldantische, Zollantische, Devisen). Da in den nächsten Tagen sicherlich eine große Nachfrage nach den kleinen Stücken des Handelskammer-Notgeldes auftreten wird, empfiehlt es sich, den Bedarf möglichst vorher anzumelden.

Verweigerter Annahme von Papiergeld. Dem Wirtschaftsministerium gehen seit einigen Tagen aus Verbraucherkreisen Klagen darüber zu, daß Geschäftsleute beim Verkauf von Waren die Annahme von Papiergeld verweigern und wertbeständige Zahlungsmittel fordern. Da der größte Teil der Bevölkerung heute jedoch noch mit Papiergeld entlohnt wird und über andere Zahlungsmittel deshalb nicht verfügt, ist ein solches Vorgehen der Geschäftsleute geeignet, die große Masse der Bevölkerung in ihrer Existenz auf das Schwere zu gefährden, in dieser bitteren Zeit der Not die Erzeugung mehr zu steigern und Gefahren für die öffentliche Ruhe und Ordnung heraufzubeschwören. Papiergeld ist heute noch geschicktes Zahlungsmittel und muß deshalb im Warenverkehr aufgenommen werden. Außerdem machen sich in letzter Zeit seit Berechnung nach Goldmark wieder die schlimmsten Anzeichen eines gemeinen Preiswunders bemerkbar. Das Wirtschaftsministerium hat deshalb die Landespreisprüfstelle und die Preisprüfstellen im Lande angewiesen, die Preisgestaltung auf das Strengste zu verfolgen und Wucherer oder Preisstreiber unmissverständlich der Strafverfolgung zuzuführen. Geschäftsleute, die sich in der vorgenannten Art gegen die öffentlichen Interessen vergehen, haben zu gewärtigen, daß ihnen die Erlaubnis zum Warenhandel wegen Unzuverlässigkeit entzogen wird.

In Thüringen hat das Wirtschaftsministerium die Postämter angewiesen, mit aller Schärfe gegen die Wucherpreise der Geschäfte vorzugehen. Als Wucherpreise gelten schon solche, die 50 oder 100 Prozent des Friedenspreises übersteigen. Die Fleischpreise laufen infolgedessen bereits um durchschnittlich eine Billion Mark für das Pfund.

Postsendungen, die nach der Ausgabe der neuen wertbeständigen Postwertzeichen (1. Dezember) noch mit Freimarken der bisherigen Art in Papiermarkwährung nach dem Nennwert der Marken zu den wertbeständigen Sätzen richtig freigemacht worden sind, werden solange nicht beanstandet, bevor diese Marken als ungültig erklärt worden sind. In der Nacht vom 30. November zum 1. Dezember werden im allgemeinen um 12 Uhr die Briefkästen außergewöhnlich geleert. Später in die Briefkästen gelegte Sendungen unterliegen den neuen Gebührensätzen.

Züge, die ausfallen. Vom 1. Dezember d. J. ab fallen folgende Züge fort: 339 von Jett. (ab 10.43 abends) bis Leipzig (an 12.12 nachts), Vorgang 340 Eb. Leipzig-Blagwitz (ab 1.28) — Pagan (an 2.12) und 390 Leipzig (ab 11.51 abends) — Jett (an 1.34 nachts).

Anfassung von Vorschriften über den Verbrauch von Elektrizität und Gas. Mit dem 30. November 1923 treten die Reichsverordnungen über die Regelung des Verbrauchs elektrischer Arbeit vom 27. Mai 1922, über die Sicherstellung des Betriebes der Gasanstalten vom 26. Juli 1917, sowie über die Regelung des Betriebes der Heizungen, Lüftungs- und Warmwasserbereitungsanlagen vom 18. Oktober 1917 außer Kraft, ebenso die von den Stadträten, Bürgermeistern, Gemeindevorständen, den Gemeinde- und Bezirksverbänden, sowie den Vertrauensleuten dazu erlassenen Ortsvorschriften.

Der Schwärmer von Bazancourt.

Von Otto Thielemann.

28] (Nachdruck verboten.) Da springt der Alte auf, so plötzlich, als hätte er die Frucht schon längst erwartet, packt sie am Arm, reißt sie zurück und zwingt sie wieder in die Knie. Aus seinen Augen lobert Haß, und Haß verzerrt die bleichen Lippen, macht sein Gesicht zu einer giftgeschwollenen Fratze. „Verfluchtes Weib! Du Hure, willst du jetzt bekennen? Du Hure, du sollst der Jungfrau dankbar sein, wenn sie uns hilft. Sie hilft, du Weib! Die Bande spricht ja schon von dir in allen Gassen; willst du jetzt beten!“ „Ich habe schon“, ruft sie gequält. „Lass mich doch los. Großvater, lass mich los!“ steht sie mit Tränen in der Stimme. „Du Weib, hast schon gebetet? Was hast du denn gebetet? Für deinen Liebsten, he? Du Hure, sprich jetzt nach! Sprich nach!“ Sie lacht vergeblich sich aus seinen harten Fingern, die wie ein Schraubstock halten, zu befreien. „Stieh mich doch an, du Weib! Du hast ihn wohl sehr gern? Den Hund?“ Er naht mit seinen feberhaften Blicken. Sie wendet sich voll Angst und Abscheu ab. Die Worte überfließen sich. „Was hast du denn gebetet? Er hat dich wohl geliebt? Die schönen Augen, Täubchen, was? Hat dich auch wohl geliebt, he? Er nennt dich wohl schon Liebchen?“ Er reißt brutal an ihren Armen. „Sag, Weib, was will der Kerl von dir? Was hat er dir versprochen, he? Will er zum Dank mich niedererschlagen und unser Haus abbrennen?“ Er wirft sie an die Erde. Dumpf schlägt sie auf. Sie wimmert kläglich und wagt nicht aufzustehen; sie fürchtet seinen Wahnwitz. Und seine Stimme brüllt: „Sprich nach! ... Marie, laß dieses Bad verrotten, sie saugen uns das Blut. Sprich nach! Willst du jetzt sprechen?“ Und drohend hebt er seine Faust und läßt sie niederfallen. Da schreit sie auf: „Maria hilf!“ Die ganze Angst des über-

stürzten Herzens lag in dem Ruf, die ganze Qual der schonungslos zerschunden Seele. Aus ihren Augen quollen heiße Tränen... „Sprich weiter, Weib!“ „Lass los, lass los, du tuust mir weh!“ Zum zweiten Male faßt seine Faust herab. Da tritt ihr Herz von neuem auf die Lippen und ihre Stimme gellt: „Ach Gott im Himmel, mach der Not ein Ende!“ „Was, Ende? Wir sind noch nicht am Ende. Wir fangen ja erst an! Jetzt kommt es erst!“ Er riß gallig durch die Zähne. Sein ganzer Körper bebte. Die langen Haare flogen um den Kopf. „Wir wollen Blut von diesen Hunden. Haben sie nicht auch gemordet? Ist nicht dein Vater tot? Und Gustave Gognard und Martherau? Soll ich mein Sohn im Grabe umdrehn vor solcher Surenthochter? Solange ich noch bin...“ Er wollte wieder schlagen; sie schrie und warf sich auf den Boden. Da stürzte ihre Mutter in das Zimmer und sah die Tochter schluchzend an der Erde. Sie hat ihren wilden Schrei gehört. Den Alten sieht sie mit erhobener Faust. Sie saht ihn schnell am Kopf, reißt ihn zurück. „Was, Karl, willst du das Mädchen töten? Du Teufel? Du hast auch meinen Mann getötet! Lass sie in Ruhe! Komm her! mein Kind! Steh auf! Komm her, Duonne! Komm her, zu deiner Mutter!“ Verblüfft starrt sie der Alte an. Der Geister steht aus seinem Munde. Erstochen läßt er seine Hände sinken. Er schweigt und starrt nur seine Schwiegertochter ohne Verständnis an. Sein Körper bebte noch nach. Er kann die Worte nicht begreifen. Das Funkeln seiner Augen ist erschollen. Duonne erhebt sich zitternd und wirft sich ihrer Mutter schluchzend an die Brust. Jetzt wo sie sich geborgen glaubt, bricht rücksichtslos der Schmerz aus ihrem Herzen, und reichlich fließen ihre Tränen über ihre Hände. Die Mutter streift ihrer Tochter liebevoll das Haar und flüstert ihr erregte Worte zu:

„Sei ruhig, Kind, ich bin bei dir, er darf dir nichts mehr tun!“ Der Alte sieht, daß seine Entlein durch den Schuß der Mutter in ihrem Trost bestärkt wird, und daß er ganze Arbeit machen muß, wenn er das Weib an der Wurzel packen will. Sonst reißt die Leidenschaft verstärkt ihr Haupt, und diese Kerle triumphieren. Aber ganz dumpf ahnt er auch etwas wie Gefahr. Ganz dunkel sieht er, wie die Furcht in seinem Hirn aufsteigt. Er schreit sich jetzt, fest anzufassen. Sein Blick wird lauernd, und er preßt die Frage durch die Zähne: „Was sagst du da? Ich habe deinen Mann getötet? Bist du verrückt?“ Er horchte gespannt. Aus ihrer Brust bricht mit einem Schwall von Worten die übermächtig angehaltene Empörung über die Behandlung ihrer Tochter. Erregt gestikulierend schleudert sie mit lauter Stimme die Anklagen heraus: „Ja, du hast meinen Mann getötet! Du hast es selbst gesagt! Die Hände haben Ohren! Du denkst, du grämst dich ganz allein? Ich habe auch schon manche Nacht durchwacht und keinen Schlaf gefunden. Da habe ich gehört, wie dich dein Sohn nicht schlafen läßt und durch das Zimmer treibt. Dann ruft du meinen Mann. Ich habe es schon oft gehört! Ich wollte es nur nicht sagen. Man hört ja jede Maus im Hause, nun gar dein lautes Wimmern. Das ist die Sünde, großer Kerl, das ist die Strafe für die Sünde... Geh raus, mein Kind, geh nach Suzanne! Geh raus und sei ganz ruhig! Nun, geh schon raus!“ Die Stimme hebt noch vor Erregung. Sie macht sich aus den Armen ihrer Tochter frei und bringt sie aus dem Zimmer. Dann schließt sie hinter ihr die Tür und wendet sich zurück an ihren Schwiegervater. Der Alte hat sich plötzlich ganz verändert. Die hagere Gestalt, die sonst in Horn und Haß sich reckte, liegt wie verbrochen auf dem Stuhl. Er rührt den bleichen Kopf mit einer Hand. Die andere zittert heftig. Er wagt nicht mehr, sie anzusehen. (Fortsetzung folgt.)



Neue Abholstelle der Leipziger Volkzeitung am Thonberg...

Brandversicherungsbeiträge. Infolge der fortschreitenden Geldentwertung...

Die zahlrentschädigten Kriegesbeschädigten und Kriegshinterbliebenen erhalten, soweit sie Selbstholer sind...

Der paritätische Arbeitsnachweis der Buchdrucker und der Arbeitnachweis des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands...

Trotz Massenkerbens im deutschen Blättermarkt erscheint der Leipziger Betriebsrat (Nr. 10) am Freitag nachmittags...

Kentner, Güterempfangener usw. Briefausgabe: am Dienstag, dem 4. Dezember 1923...

Elternabend. 48. Volksschule. Mittwoch, den 5. Dezember, abends 7 Uhr...

Zum Einkaufskonzert heute abend im Gewandhaus wird auf die Karten des Vorverkaufs 1 Goldmark (1 Million Papiermark)...

Blühende Chöre. Die Hauptprobe zu Meis und Salata findet Sonntag, den 1. Dezember, abends 7 Uhr...

Vorlauf an der Freibank. Freibank I, Nr. 1251-2150. Freibank II, Nr. 1501-2900.

Pollzeinrichten.

Diebstähle von Kleintieren gehen weiter. Es wurden wieder gefangen: Aus einer Gartenkolonie in Gellerhau...

Sächsische Angelegenheiten.

Beschwerden über Schulpflicht usw.

Der Regierungskommissar für den Bereich des Wehrkreises IV, Reichstagsabgeordneter Meier, schreibt uns:

Dem Regierungskommissar gehen täglich eine große Anzahl Zuschriften zu, in denen die Angehörigen festgenommener Beschwerte...

In diesem Sinne ist der Regierungskommissar ununterbrochen bemüht und hat er in zahlreichen Fällen die Aufhebung der Schulpflicht...

Die von Einzelpersonen und Behörden gemeldeten Fälle über Mißhandlungen werden sofort dem Militärbeschuldigen überwiesen...

Soweit Ansprüche auf Ersatz von Sachschäden, die durch Verhaftungen und Hausdurchsuchungen entstanden sind...

Unterbezirkkonferenz Hochlich-Burgstädt-Mittweida.

In einer Unterbezirkkonferenz der WEP des Unterbezirks Hochlich-Burgstädt-Mittweida wurde nach einem Bericht...

1. Die am 25. November in der Halle zu Burgstädt tagende Unterbezirkkonferenz des Unterbezirks Hochlich-Burgstädt-Mittweida...

Die Parteigenossen fordern weiter von der im Bezirk verbreiteten Presse, daß sie die Parteigenossenschaft über alle Vorgänge...

2. Dieser Selbstverständlichkeit entspricht leider die politische Haltung der Chemnitzer Volkstimme nicht...

Die einseitige Einstellung der politischen Haltung der Volkstimme, die über wichtige Vorgänge keine oder nur mangelhafte Informationen...

Eine Entschädigung, die den Ausschluß des Reichspräsidenten aus der Partei vorschlug, wurde abgelehnt...

Anforderung.

Der Landtag hat am 28. November 1923 beschlossen, die Regierung aufzufordern, eine amtliche Darstellung und Zusammenstellung aller Maßnahmen der Reichswehr...

In Ausführung dieses Beschlusses fordert die Regierung alle Personen, die über das Vorgehen der Reichswehr bei Hausdurchsuchungen, Verhaftungen, Beschlagnahmen...

Bauen. Bei einer Hausdurchsuchung in Reschwitz, unweit Bauen, wurden bei einer Waffensuche auf dem Grundstück des Hausbesitzers...

Hofstein-Ernstthal. Durch die Reichswehr ist der kommunistische Stadtverordnete Kurt Dalling verhaftet worden.

Vengenseid. Im Dorfe Stangengrün brannte abends Scheune und Schuppen des Gutsbesitzers Bräuner nieder. Landwirtschaftliche Maschinen, Getreide...

Aus der Umgebung.

Böhlitz-Ehrenberg. Kommen Sonntagabend und Sonntag, dem 1. und 2. Dezember, verankert der Geflügelzüchterverein...

Tausch. Die Brennend neben der Ernährungsgesetzgebung auch die Bekleidungsfrage ist, erhebt aus einer Umfrage, die dieser Tage unter den 974 Kindern unserer Schule stattfand...

Die Arbeitergeber versuchen mit List und sonst nur in Rohkäufertreuen üblichen Schlichen, die Bergarbeiter zum Tarifbruch...

Gewerkschaftsbewegung.

In die mitteldeutschen Bergarbeiter.

Der Brudorf-Mitteldeutscher Bergbauverein hat den Bergarbeitern auf der Grube Alwine den folgenden Reviers zur Unterschrift vorgelegt:

„Ich erkläre mich mit Rücksicht auf die Not der Zeit bis auf weiteres damit einverstanden, daß in dem für mich in Frage kommenden Betrieb die Fortkriegsarbeitszeit wieder eingeführt wird.“

„Die Arbeitszeit beträgt 8 Stunden einschließlich einer halbtägigen Ruhepause.“

„Ohne Zustimmung des Arbeiterrats und der Regierung darf eine Arbeitszeitverlängerung nicht stattfinden.“

„In § 78, Abs. 2 des Betriebsvertrages steht ausdrücklich: „Der Arbeiterrat hat bei der Festlegung der Arbeitszeit, insbesondere bei Verlängerungen und Verkürzungen der regelmäßigen Arbeitszeit, mitzuwirken.“

„Der Arbeiterrat hat bei der Festlegung der Arbeitszeit, insbesondere bei Verlängerungen und Verkürzungen der regelmäßigen Arbeitszeit, mitzuwirken.“

Alle Kameraden, die wegen Verweigerung der Unterschrift gemagt werden oder in ihrem Dienstverhältnis geschädigt werden, müssen uns sofort Kenntnis über ihren Fall geben.

Parole muß sein: Jede Unterschrift verweigern! Sinein in die Gewerkschaft!

Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bezirk Halle.

Solidarität den ausgesperrten Metallarbeitern!

Eine Versammlung der Delegierten des Gewerkschaftsverbandes beschäftigte sich gestern u. a. auch mit der Aussperrung in der Metallindustrie.

Tariffämpfe in der Film-Industrie. Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben: Die Arbeitergesellschaft der Film-Industrie glaubt die augenblicklichen Verhältnisse dazu benutzen zu können...

Tarifverträge. Da die zur Zeit neu abgeschlossenen Tarifverträge meist nur insofern der Gehaltentwertung vorgeworfene Veränderungen der Lohn- und Gehaltsätze enthalten...

Gegen den Beamtenabbau. Berlin, 29. November. (M.) Die Spitzenorganisationen der Beamten haben in einer gemeinsamen Erkläreung an sämtliche Fraktionen...

Weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit. Im unbesetzten deutschen Gebiet hat die Zahl der unterrichteten Erwerbslosen am 15. November 1923...

Zwecklose Auslandsreisen. SPD. In der letzten Zeit mehren sich die Fälle, wo reichsdeutsche Arbeitslose sich ins Ausland...

Der Brudorf-Mitteldeutscher Bergbauverein hat den Bergarbeitern auf der Grube Alwine den folgenden Reviers zur Unterschrift vorgelegt:

„Ich erkläre mich mit Rücksicht auf die Not der Zeit bis auf weiteres damit einverstanden, daß in dem für mich in Frage kommenden Betrieb die Fortkriegsarbeitszeit wieder eingeführt wird.“

„Die Arbeitszeit beträgt 8 Stunden einschließlich einer halbtägigen Ruhepause.“

„Ohne Zustimmung des Arbeiterrats und der Regierung darf eine Arbeitszeitverlängerung nicht stattfinden.“

„In § 78, Abs. 2 des Betriebsvertrages steht ausdrücklich: „Der Arbeiterrat hat bei der Festlegung der Arbeitszeit, insbesondere bei Verlängerungen und Verkürzungen der regelmäßigen Arbeitszeit, mitzuwirken.“

„Alle Kameraden, die wegen Verweigerung der Unterschrift gemagt werden oder in ihrem Dienstverhältnis geschädigt werden, müssen uns sofort Kenntnis über ihren Fall geben.“

Parole muß sein: Jede Unterschrift verweigern! Sinein in die Gewerkschaft!

Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bezirk Halle.

Solidarität den ausgesperrten Metallarbeitern!

Advertisement for Nordheimer stockings. Includes text: 'Extra-Angebot Damen-Stilkant mit Wulstrand 3.90' and 'Damen-Stilkant mit Wulstrand in Qualität 4.50'. Features an illustration of a woman sitting in a chair.